



# Mittelstand baut Zukunft!

## Dokumentation

zum 1. Deutschen Bauwirtschaftstag 2009  
am 20. Oktober 2009 in Berlin



**Herausgeber:**

Bundesvereinigung Bauwirtschaft  
Kronenstraße 55 - 58  
10117 Berlin  
Telefon 030 20314-0  
Telefax 030 20314-419  
info@bv-bauwirtschaft.de  
www.bv-bauwirtschaft.de

**Redaktion:**

V.i.S.d.P.: Dr. Ilona K. Klein  
Dipl.-Volkswirtin Swantje Küttner  
Dipl.-Des. (FH) Monika Bergmann

**Fotos:**

BVB/Reiner Zensen  
Redaktion Baugewerbe, S. 56

**Druck:**

Ludwig Austermeier Offsetdruck, Berlin

Dezember 2009

## 1. Deutscher Bauwirtschaftstag am 20. Oktober 2009

Veranstaltungsort: Hotel Berlin, Berlin, Lützowplatz 17, 10785 Berlin

**Vorwort** Seite 3

**Mittelstand baut Zukunft!  
Die Forderungen der Deutschen Bauwirtschaft**

**Karl-Heinz Schneider**

Vorsitzender der Bundesvereinigung Bauwirtschaft

Seite 4 - 9

---

**Neuer Kurs? Deutschland nach der Wahl**

**Hans-Ulrich Jörges**

Mitglied der Chefredaktion des Stern

Seite 10 - 24

---

**Zukunft Deutschland!**

**Die Vorstellungen der politischen Parteien zur Zukunft Deutschlands**

**Gudrun Kopp MdB**

Mitglied der FDP-Bundestagsfraktion

Seite 25 - 32

---

**Cem Özdemir**

Bundesvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen

Seite 33 - 43

---

**Dr. Hans-Peter Friedrich MdB**

Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Seite 44 - 53

---

**Schlusswort**

**Dr.-Ing. Hans-Hartwig Loewenstein**

Präsident Zentralverband Deutsches Baugewerbe

Seite 54 - 57

---

**Moderation**

**Jan Hofer**

Chefsprecher ARD-Tagesschau, Moderator, Journalist



Der erste Deutsche Bauwirtschaftstag war ein Erfolg – so das allgemeine Fazit zu der am 20. Oktober 2009 stattgefundenen Veranstaltung des deutschen Bau- und Ausbauhandwerk.

Rund 700 Gäste bundesweit hörten spannende Beiträge aus Politik und Journalismus. Insbesondere Hans-Ulrich Jörges vom „Stern“ zog die Zuhörer in seinen Bann. Wenn auch nicht alle seine Vorhersagen sich schlussendlich bewahrheitet haben, so gab er doch einen beeindruckenden und schillernden Einblick in das politische Berlin während der Koalitionsverhandlungen. Von den Politikern selbst erfuhren die Bauleute, was sie von der neuen Bundesregierung wie auch von der Opposition erwarten konnten, aber auch, was nicht.

„Die mittelständische Bauwirtschaft ist wirtschaftliche Größe und gesellschaftliche Kraft. Wer also den Mittelstand in den Mittelpunkt seiner Politik stellt, ist auf dem richtigen Weg in die Zukunft Deutschlands.“ Das ist die Quintessenz der Rede von Karl-Heinz Schneider, dem Vorsitzenden der Bundesvereinigung Bauwirtschaft, die er anlässlich des 1. Deutschen Bauwirtschaftstages in Berlin gehalten hat.

Diese Größe und Kraft haben die mittelständischen Bauunternehmen demonstriert. Die Bundesvereinigung Bauwirtschaft hat ihnen mit dem Deut-

schen Bauwirtschaftstag eine Plattform für ihre Anliegen und Positionen geschaffen.

„Wir werden die Politik immer wieder an unsere Vorstellungen erinnern und die volkswirtschaftliche Bedeutung der Bauwirtschaft hervorheben,“ auch das eine Aussage Schneiders.

Das deutsche Bau- und Ausbauhandwerk wird nicht von Industrieunternehmen, sondern von vielen kleineren wie auch größeren Handwerksbetrieben bestimmt. Diese haben aufgrund ihrer Struktur andere Probleme und Bedürfnisse.

Der Bauwirtschaftstag ist damit zu einem zentralen Sprachrohr für die mittelständischen Unternehmen in Richtung Politik und Wirtschaft geworden, deren Interessen drohen, unter die Räder zu geraten.

Diese Broschüre soll die Beiträge des 1. Deutschen Bauwirtschaftstages dokumentieren, damit sich all jene, die beim ersten Mal nicht dabei sein konnten, ein Bild von der Veranstaltung machen können. Und vor allem: Damit diejenigen, die dieses Mal nicht dabei sein konnten, beim nächsten Bauwirtschaftstag mit dabei sein werden – um gemeinsam für einen starken Mittelstand einzutreten.

Daher dürfen wir Sie heute schon zum 2. Deutschen Bauwirtschaftstag 2010 einladen.



*Karl-Heinz Schneider,  
Vorsitzender Bundesvereinigung Bauwirtschaft*

Meine Damen und Herren,  
liebe Gäste,  
ich freue mich, dass wir unser 1. Deutscher Bauwirtschaftstag eine derartig gute Resonanz gefunden hat.

Angesichts der Vielzahl der Gäste ist es sicher auch in Ihrem Interesse, wenn ich auf eine namentliche Begrüßung verzichte und angesichts des vollen Programms, das uns heute erwartet, wenn auch völlig anderes als ursprünglich geplant, direkt zur Sache komme:  
1. Deutscher Bauwirtschaftstag in Berlin – Mittelstand baut Zukunft.

Das Thema beinhaltet drei Aspekte, auf die ich im Folgenden eingehen möchte:

1. die Bedeutung des Mittelstandes als viel gerühmtes Rückgrat der Wirtschaft
2. für Sie wahrscheinlich völlig überraschend: Das Thema Bauen
3. Was heißt das für die Zukunft?  
Sprich: Was erwarten wir von der neuen schwarz-gelben Regierung in Berlin?

Meine Damen und Herren,  
nicht nur im vergangenen Bundestagswahlkampf, sondern auch schon zuvor wurde in vielen Reden die Bedeutung des Mittelstandes beschworen. Die tatsächliche Politik sah aber oft anders aus: Ich erinnere an die Neuregelung der Erbschaftssteuer, die aufgrund der Lohnsummenklausel mittelstandfeindlich ist.

Ich frage meine Kollegen im Saal: Wer von Ihnen hat angesichts der langen Rezession am Bau in den vergangenen 10 Jahren seinen Personalbestand in voller Höhe erhalten können? Wahrscheinlich werden es nicht allzu viele sein. Die Vorstellung, dass man von der Erbschaftsteuer nur dann befreit ist, wenn man in den folgenden zehn Jahren die Beschäftigtenzahl hat halten können, ist aus unserer Sicht völlig unsinnig und muss dringend korrigiert werden.

Denn gerade die mittelständische Bauwirtschaft sichert Arbeitsplätze in der Mitte der Gesellschaft. Ich erinnere zweitens an das Arbeitsrecht und den Kündigungsschutz, dessen Irrungen und Wirrungen für kleinere Unterneh-

men, die keine eigene Rechtsabteilung haben, undurchschaubar geworden sind. Machen wir uns nichts vor: Die Grenze von fünf Mitarbeitern ist für kleine Handwerksunternehmen das Signal, ja keinen zusätzlichen Mitarbeiter einzustellen.

Will man also Dynamik in den Arbeitsmarkt bringen, so muss diese Schallgrenze endlich angehoben werden, so unpopulär die Maßnahme für die Besitzstandswahrer auch sein mag. Erinnerung sei auch an Opel: Aus den Erfahrungen mit Holzmann und Walter Bau sollte die Regierung eigentlich gelernt haben: Meine Damen und Herren, der Markt versagt nicht, wenn er den Bankrott zulässt; er funktioniert. Wo der Markt nicht versagt, sollte es der Staat auch nicht tun. Leider werden bei Opel diese Gesetze einmal wieder außer Kraft gesetzt und wahrscheinlich einige Steuermilliarden verschwendet. Wir dürfen also gespannt sein, wie das Drama ausgehen wird.

Die mittelständischen Unternehmen dagegen stehen zu ihrer Verantwortung. Nehmen Sie als weiteres Beispiel die Abführung der Umsatzsteuer: Die Auftraggeber lassen sich monatelang mit der Bezahlung Zeit, das Finanzamt kennt aber kein Pardon, wenn man die Fristen der Umsatzsteuervoranmeldung überschreitet. Frankreich hat es jüngst vorgemacht: Dort dürfen Unternehmen Steuern und Sozialabgaben später entrichten. Und Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten müssen auf neugeschaffene Arbeitsplätze keine Sozialabgaben leisten. Wir aber

müssen die Sozialabgaben im Voraus entrichten, um dann nach Ende des Monats alles noch einmal zu korrigieren. Wir fordern daher, die Vorverlegung der Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge endlich zurückzunehmen.

Meine Damen und Herren, ich denke, das waren genügend Beispiele dafür, dass der Mittelstand in den Fokus der Politik gehört. Und insbesondere gehört die Bauwirtschaft in den Fokus mittelständischer Politik. Denn mit einem Investitionsvolumen von mehr als 250 Mrd. Euro ist die Bauwirtschaft immer noch eine Schlüsselbranche in Deutschland.

Die Investitionen am Bau wirken im Inland, sie fließen nicht ins Ausland ab. Konsumtive Ausgaben haben aufgrund der weltwirtschaftlichen Verflechtung nur einen begrenzten Effekt für die Binnenwirtschaft. Ich erinnere an die Abwrackprämie, die als Erfolg gefeiert wurde. Mehr als fünf Mrd. Euro wurden dafür aufgewandt. Mit mehr als der Hälfte davon haben wir Arbeitsplätze in Frankreich, in Italien, aber auch in Japan oder Südkorea gesichert. Die Bauwirtschaft stabilisiert dagegen die Binnenkonjunktur aus der Mitte heraus. Gerade ihre mittelständische Struktur sorgt für Arbeitsplätze hier im Lande. Insbesondere Investitionen in die kommunale Infrastruktur sichern die Arbeitsplätze vor Ort.

Gleichzeitig profitieren die Kommunen von einer sanierten Infrastruktur. Was nützen Investitionen in die Bildung, wenn unsere Kinder in herunter gekom-

menen und maroden Schulgebäuden und Turnhallen ihre Tage verbringen müssen? Bevor man also in die Bildung investiert, muss man die Orte der Bildung in Ordnung bringen. Das war nur ein Beispiel, wie zwingend öffentliche Investitionen sind.

Wir haben noch nicht über Abwasserkanäle gesprochen, bei denen die Abwässer ungeklärt im Boden versickern. Wir haben nicht über Straßen gesprochen, die mehr an einen Feldweg als an moderne Infrastruktur erinnern. Und wir haben noch nicht über den notwendigen Umbau der Infrastruktur für eine älter werdende Gesellschaft gesprochen. Daher fordern wir, dafür zu sorgen, dass die kommunalen Investitionen auch nach Auslaufen der Konjunkturpakete ab 2011 zumindest auf dem derzeitigen Niveau verbleiben – im Interesse der Arbeitsplätze vor Ort – wie auch im Interesse von uns Bürgern.

Meine Damen und Herren, zu Bauen in Deutschland gehört zuvorderst auch der Wohnungsneubau. Dass der am Boden liegt, ist ein offenes Geheimnis. Nur noch 156.000 neue Wohnungen in 2008 markieren einen neuen Tiefstand. Noch nie wurden in Deutschland so wenige Wohnungen gebaut. Fast alle Nachbarn, egal ob Ost oder West, bauen mindestens doppelt so viel wie hierzulande, Deutschland ist seit fünf Jahren Schlusslicht in Europa.

Gerne wird darauf verwiesen, dass Deutschland zu Ende gebaut sei, das ist aber mitnichten der Fall. Die Zahl der Haushalte wird bis 2025 stetig steigen,

ebenso wie die Nachfrage nach mehr Platz. Wir haben einen gespaltenen Wohnungsmarkt: In den neuen Bundesländern haben wir ganz erhebliche Leerstände zu verzeichnen, wogegen in den Ballungsräumen Süd- und Westdeutschlands Menschen oft stundenlange Anfahrten zu ihrem Arbeitsplatz in Kauf nehmen müssen. Leider nützt es aber demjenigen, der in München eine Wohnung sucht, überhaupt nichts, wenn es in Cottbus, Leipzig oder Jena Wohnungen zuhauf gibt.

Wir haben daher konkrete und zielführende Vorschläge gemacht, wie der daniederliegende Wohnungsbau wieder auf die Beine kommen könnte: Dazu gehört für uns die Verdoppelung der AfA im Mietwohnungsbau, dazu gehören aber auch steuerliche Anreize für den Wohnungsneubau.

Meine Damen und Herren, wir haben auch keine Sorge davor, dass es zu Fehlinvestitionen kommen wird, nur weil die AfA verdoppelt wird. Jeder Investor wird es sich gut überlegen, wo er in Wohnanlagen investiert, wo Renditen zu erwarten sind. Aber trotz vergleichsweise hoher Mieten in den Ballungsräumen lohnen sich die Investitionen in Wohnungen eben nicht. Nur in Verbindung mit Abschreibungen wird am Ende ein Schuh daraus.

Das gleiche gilt für staatliche Anreize im privaten Wohnungsneubau. Ich bin ganz sicher, kein vernünftig denkender Mensch wird sich für die eigenen Vier-Wände entscheiden, nur weil es staatliche Anreize gibt. Aber nur in Ver-

bindung von staatlichen Anreizen und privat vorhandenen Ersparnissen können sich Menschen Wohneigentum leisten, nur so wird ein Schuh daraus.

Aber es geht uns nicht nur um Neubau: Auch beim Kauf von Gebrauchtimobilien wird zusätzlich investiert. Fast alle Käufer eines Einfamilienhauses investieren hinterher in die energetische Modernisierung, in An- und Umbauten sowie in Grundrissänderungen.

Meine Damen und Herren, auch daraus resultieren Aufträge für das mittelständische Bauhandwerk, die wir – im Interesse von Arbeitsplätzen vor Ort – dringend brauchen. Denn der Mittelstand baut Zukunft, und die Bauwirtschaft ist der Macher im Wohnungsbau. Aber vielen Bevölkerungsgruppen, die sich gerne ein Haus oder eine Wohnung kaufen würden, fehlt das Eigenkapital. Das ist auch kein Wunder: Denn die Abgabenbelastung liegt in Deutschland seit Jahren stets um ein Drittel über dem OECD-Durchschnitt – egal ob Single, ob Alleinerziehende oder Familie. Immer mehr Menschen aus der klassischen Mittelschicht verfügen über kein Nettovermögen. Viele Jobs, die früher einen stetigen Vermögensaufbau ermöglichten, reichen heute gerade fürs Überleben.



Meine Damen und Herren, dass von jedem zusätzlich verdienten Euro einem Durchschnittsverdiener nur ein Drittel bleibt und der Löwenanteil an das Finanzamt und die Sozialversicherungen geht, merken wir als Unternehmer doch auch: Bei jeder Tarifverhandlung fordert die Gewerkschaft höhere Löhne. Das Ergebnis ist bekannt: Schlussendlich bezahlen wir unseren Beschäftigten höhere Löhne, davon bleibt nichts in deren Tasche, aber unsere Kosten steigen überproportional. Merkwürdig dabei ist, dass die Gewerkschaften dieses massive, strukturelle Gerechtigkeitsproblem ignorieren.

Mehr Netto vom Brutto – ist daher in der Tat das Gebot der Stunde. Die neue Bundesregierung muss allen Sparzwängen zum Trotz dieses Gerechtigkeitsproblem lösen und dem sog.

Mittelstandsbauch, der aufgrund der kalten Progression entstanden ist, eine harte Diät auferlegen. Ergänzend dazu brauchen wir eine Förderung des Wohnungsneubaus.

Dazu haben wir im vergangenen Jahr einen Vorschlag gemacht. Danach kann in die Baufinanzierung eingebrachtes Eigenkapital ebenso wie Tilgungsleistungen für Fremdkapital noch in der gleichen Periode steuerlich abgesetzt werden. Die daraus entstandene Steuerschuld wird verzinst und später nachgelagert versteuert. Dieses Modell hat darüber hinaus den Vorteil, dass es sich problemlos auch auf Bestandsmaßnahmen anwenden lässt. Wir appellieren daher mit allem Nachdruck an die schwarz-gelben Koalitionäre, diesen Vorschlag in ihre Überlegungen mit einzubeziehen.

Meine Damen und Herren, die Bauwirtschaft ist auch aktiver Partner für den Klimaschutz. Denn zur Zukunft des Bauens gehört untrennbar der Klimaschutz dazu. Der Gebäudebestand trägt den Löwenanteil zum CO<sub>2</sub>-Ausstoss in Deutschland bei. Wir unternehmen erhebliche Anstrengungen über umweltfreundliche Techniken bei der Industrieproduktion wie auch beim Autoverkehr.

Die Bauwirtschaft schafft jedoch Energieeffizienz. Wir müssen daher erhebliche Anstrengungen unternehmen, unsere Gebäudebestände zu sanieren und energetisch zu modernisieren. Gerade die Bauwirtschaft ist Motor der energetischen Gebäudesanierung. Dazu brauchen wir zweifellos Standards – wie sie z. B. in der EnEV 2009 definiert sind.



Wir brauchen aber sicher keine weitere Verschärfung der EnEV drei Jahre später. Das verteuert das Bauen in Deutschland, das verunsichert Bauherren nachhaltig und führt dazu, dass am Ende weniger saniert und gebaut werden wird. Was wir allerdings auch hier brauchen, sind staatliche Motivationshilfen, die Hausbesitzer veranlassen können zu investieren. Dazu zählen für uns auf jeden Fall die KfW-Förderprogramme, die fortgesetzt und verstetigt werden müssen.

Beim sog. Handwerkerbonus sollten die Arbeitskosten bei Handwerkerleistungen im Bestand auf ein Fördervolumen von 20.000 Euro angehoben werden. Dies würde zu einer Steuerermäßigung von 4.000 Euro führen. Diese Steuerersparnis könnte sich auf 5.000 Euro erhöhen, wenn sich die nachgewiesenen Arbeitskosten auf energetische Sanierungsmaßnahmen beziehen.

Gleichzeitig sollten die KfW-Programme um eines zur Förderung von Abriss und Neubau ergänzt werden. Denn oftmals können bestehende Wohngebäude nur mit unverhältnismäßig hohen Mitteln an moderne energetische und funktionale Anforderungen angepasst werden, so dass sich nur ein Abriss und Neubau an derselben Stelle lohnt.

Meine Damen und Herren, von Maurice Stans, einem amerikanischen Finanzpolitiker stammt der Satz: „Das Aufstellen des Budgets ist die Kunst, Enttäuschen gleichmäßig zu verteilen.“ Dennoch hoffen wir, dass un-

sere Enttäuschung über die Politik der neuen Bundesregierung nicht so groß sein wird, wie sie das in der Vergangenheit vielfach war. Noch wissen wir nicht genau, was uns konkret erwartet. Dennoch blicken wir einigermaßen zuversichtlich nach vorne. Denn der öffentliche Bau wird im kommenden Jahr eine deutlich stärkere Rolle spielen – und somit mehr zur Auslastung der Unternehmen beitragen. Auch die Unternehmen werden trotz kurzfristiger Rückschläge wieder mehr investieren. Und was den Wohnungsbau angeht, so setzen wir auf die neue Regierungskoalition.

Meine Damen und Herren, die Bauwirtschaft ist wirtschaftliche Größe und gesellschaftliche Kraft. Wer dieses in den Mittelpunkt seiner Politik stellt, ist auf dem richtigen Weg in die Zukunft Deutschlands.

Meine Damen und Herren, wenn Sie mich fragen, was ich von der neuen Bundesregierung erwarte, dann fällt mir vieles ein, worüber sicher noch zu sprechen sein wird. Aber es geht mir auch ein wenig wie Georg Christoph Lichtenberg, einem deutschen Schriftsteller und Physiker aus dem 18. Jahrhundert, der sagte: „Ich kann freilich nicht sagen, ob es besser werden wird, wenn es anders wird; aber so viel kann ich sagen, es muss anders werden, wenn es gut werden soll.“

In diesem Sinne wünsche ich uns allen einen spannenden Nachmittag.



*Hans-Ulrich Jörges,  
Mitglied der Chefredaktion des Stern*

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen nicht alles sagen, was wahrscheinlich morgen im Kern entschieden sein wird. Aber ein paar Ahnungen, was passieren wird und wie die neue Koalition einzuschätzen ist, möchte ich Ihnen gerne geben.

Soweit ich mich erinnere – ich werde jetzt 58 Jahre alt und arbeite seit meinem 19. Lebensjahr als politischer Journalist – war es der eigentümlichste Beginn von Koalitionsverhandlungen, den ich je erlebt habe. Eigentlich sollte man meinen, dass diese drei oder zwei Parteien, wenn man die CSU zur Union dazu zählt, nach den elf langen Jahren der gegenseitigen Enthaltensamkeit schnell wieder zusammenfinden, weil sie im Prinzip vieles teilen. Das ist aber

nicht so! Es ist ein ganz ungewöhnlicher, freudloser, ruckelnder und un euphorischer Start. Man freut sich nicht! Natürlich hat sich Guido Westerwelle am Wahlabend sehr gefreut. Die Kanzlerin hat sich dagegen nach meinem Eindruck schon nur in Maßen gefreut. Sie hat die Macht erhalten, aber kann durch diese Koalition eine Diskussion über das Wahlergebnis der Union verhindern. Insgesamt passt einiges nicht zusammen.

Die merkwürdigste Beobachtung beim Beginn der Koalitionsverhandlungen war für mich, dass die Union als größerer Partner überhaupt keine Forderungen hatte. Schon im Wahlkampf war die Union bei Steuersenkungen nebulös geblieben und hatte abgesehen von der CSU das Thema nicht näher terminiert. Es gab keine Mitteilungen, was die Union konkret durchsetzen will. Es gab nur Aussagen, was die FDP wollte. Was wir bisher erlebt haben, ist daher eine Abwehrschlacht. Es ist eine einseitige Abwehrschlacht der Union gegen die FDP. Alles dreht sich um die Forderungen der Liberalen. Diese Situation wird zusätzlich dadurch kompliziert, dass diese FDP-Forderungen früher einmal Positionen der CDU waren – jedenfalls die wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen, nicht die innenpolitischen und sicherheitspolitischen Forderungen.

Dieser eigenartige Start der Koalition lässt sich also so beschreiben, dass Angela Merkel bei den Koalitionsverhandlungen auf sich selbst trifft bzw. auf die frühere Angela Merkel. Oder

sagen wir es etwas anders: Angela Kohl verhandelt im Moment mit Maggi Merkel. Grob gesprochen: Die Kanzlerin verteidigt die großen Linien der Großen Koalition gegen die anstürmende FDP. Das gilt für den Kündigungsschutz. Die FDP will den Kündigungsschutz in kleineren Betrieben erst ab 20 Beschäftigten gelten lassen. Das hatte früher die Union fast wortgleich in ihrem Wahlprogramm 2005 stehen. Davon ist jetzt keine Rede mehr.

Die FDP will den Gesundheitsfonds abschaffen. Den wollte die Union früher auch nicht. Beide wollten eine Gesundheitsprämie, wenn das auch unterschiedlich verstanden wurde. Die Union wollte eine Einheitsprämie. Die FDP wollte eigentlich zu einem völlig freien Versicherungssystem übergehen, die gesetzlichen Krankenkassen zu gewerblichen Krankenkassen umformen und dann den Wettbewerb zwischen diesen Kassen zulassen. Wenn Sie mich fragen, wäre das das nächstliegende und beste System, einen Wettbewerb auszulösen. Der Gesetzgeber kann immer noch vorschreiben, welche Mindestleistungen jede Kasse erbringen muss, und dass die Kassen jeden versichern müssen. Früher einmal waren Union und FDP zwar nicht ganz deckungsgleich, sich aber in der Abkehr vom alten System ziemlich einig. Das ist heute auch anders.

Bei einer Steuerreform, über die im Moment stark gestritten wird, waren beide fast deckungsgleich. Die Union hat in ihrem Wahlprogramm 2005 das berühmte Bierdeckel-System von Fried-

rich Merz mit einem Stufentarif von 12, 24, 36 Prozent gefordert. Die FDP tritt heute für 10, 25, 35 Prozent ein. Eigentümlicher Weise beharken sich die beiden Parteien sehr über diese Formel, weil sich dahinter nämlich mehr verbirgt. Es ist der Übergang zu einem völlig neuen Steuersystem.

Die Mindestlöhne will die FDP wieder aufweichen. Sie will auf keinen Fall gesetzliche Mindestlöhne und auch die Branchenmindestlöhne noch einmal überprüfen. Dazu habe ich einen schönen Satz von Angela Merkel aus dem Jahr 2003 gefunden, dem Jahr, wo der berühmte Leipziger Parteitag stattfand, auf dem die damals noch nicht Bundeskanzlerin reformerisch stark motiviert war. Angela Merkel sagte damals wörtlich: „Für bestimmte Tätigkeiten und Qualifikationen können nur sehr niedrige Löhne geboten werden, und ich weiß, was es heißt, wenn ich von vier bis fünf Euro pro Stunde rede.“ Solch ein Satz ist heute aus dem Mund der Kanzlerin völlig undenkbar.

Was heißt das nun? Wir haben es mit einem verspäteten Bündnis zu tun. Die beiden Partner Union und FDP waren im Jahr 2005 noch auf Augenhöhe. Heute hinken sie. Die FDP ist programmatisch voraus, die Union hinkt hinterher. Sie hinkt deshalb, weil das eine Bein, der Wirtschafts- und Mittelstandsflügel, gerne auf gleicher Höhe mitlaufen würde. Das andere Bein, das der Kanzlerin gehört, verweigert sich und muss hinterher gezogen werden. Viele Unionswähler sind deshalb zu den Liberalen gewechselt, weil sie dort die



alten Positionen wiederfinden. So ist auch das gute Wahlergebnis der FDP zu verstehen. Wenn Sie so wollen, ist die FDP heute der Bernstein, in dem die reformerische CDU als Zweijahresfliege konserviert ist.

Das psychologische Problem dieser Koalitionsverhandlungen ist also nicht das, dass sich die beiden zu fern wären. Zwischen weit auseinander driftenden oder fern stehenden Partnern wären die Verhandlungen relativ einfach, weil sie in aller Nüchternheit einen Deal machen könnten. Der eine kriegt das und der andere das und beim dritten Thema trifft man sich in der Mitte. Das Problem der aktuellen Koalitionsverhandlungen ist, dass sich die Partner zu nahe sind. Die FDP schleppt das mit, was die Union nicht mehr wissen möchte. Bei diesen Koalitionsverhandlungen wird jetzt auch sichtbar, dass die Erklärung nicht zutreffend ist, dass die Kanzlerin in der Großen Koalition an einem klaren Kurs durch die SPD gehindert worden sei. Denn die Kanzlerin will jetzt auch nicht eine wesentlich andere Politik machen. Ich sage etwas

provozierend, dass sie zu einer Sozialdemokratin der Mitte geworden ist.

Die neue Regierung wird meiner Einschätzung nach eine sozialliberale Regierung werden. Angela Merkel tut alles, um so genannte soziale Grausamkeiten zu verhindern. Es gibt das Schreckenswort „neoliberal“. Das wird dieser Koalition aus bestimmten Kreisen und bestimmten Medien entgegen geschleudert. Diese Vokabel soll auf jeden Fall dementiert werden. Die FDP wird auch alles tun, um Vorurteile dieser Art gegen sich zu widerlegen. Aber ein paar Dinge sind schon passiert. Im Bereich der Innen- und Sicherheitspolitik hat die FDP einige Maßnahmen von Herrn Schäuble aufgeweicht. Das vereinbarte höhere Schonvermögen für Hartz-IV-Empfänger ist eine prächtige Möglichkeit der FDP, bei wenig Kosten sozial einen guten Willen zu beweisen.

Früher wollte Angela Merkel Machteroberung durch Modernisierung – und zwar durch eine radikale Modernisierung. Heute sucht sie Machterhalt durch Konservierung. Das gilt auf jeden Fall bis zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai nächsten Jahres, denn dort leben mehr Menschen als in Ostdeutschland. Es ist nach wie vor das wichtigste Bundesland und es entscheidet über die Mehrheit im Bundesrat. Es ist der erste Testlauf nach der Bundestagswahl für Rot-Rot-Grün. Was kommt nun bei den Koalitionsverhandlungen heraus? Ich glaube nicht, dass es der große Sprung nach vorne sein wird, den wahrscheinlich viele

von Ihnen aus dem mittelständischen und unternehmerischen Lager erwartet oder erhofft haben. Die Blümenträume müssten Ihnen beim Schauen der Fernsehnachrichten in den letzten 14 Tagen vergangen sein. Es wird nur Variationen des Status quo geben.

Es gibt auch im Semantischen einen interessanten Unterschied zwischen den Partnern. Guido Westerwelle und die FDP haben von Anfang an versucht, die Vokabel „Neuanfang“ durchzusetzen. Dieser Semantik hat sich die Union entzogen. Sie will keinen Neuanfang, denn die Kanzlerin regiert seit vier Jahren und will im Kern auch nichts Neues anfangen.

Das zentrale Thema sind natürlich die Steuern. Es wird mit Sicherheit für Unternehmer im Bereich der Unternehmenssteuern und im Bereich der Erbschaftssteuern kleinere Veränderungen geben. Die Zinsschranke, die einige Unternehmer sehr stark beschäftigt, wird aufgeweicht. Es wird bei den Verlustvorträgen ein größeres Entgegenkommen geben. Die unsinnige Koppelung der Erbschaftsteuer an die Fortdauer bestimmter Beschäftigungsverhältnisse wird abgeschafft oder wenigstens aufgeweicht werden.

Beim Steuersystem halte ich persönlich nicht die Summe der Entlastung für entscheidend. Viel entscheidender ist die Frage, ob es ein neues Steuersystem geben wird. Wird es einen Übergang vom bisher linear progressiven Tarif zu einem Stufentarif geben, den die Union früher wollte? Der Stufentarif

wäre etwas völlig neues. Es wäre ein anderes Steuersystem mit der Abschaffung von Steuersonderprivilegien und bedeutet Steuersenkungen für alle. Höhere Schonvermögen für Hartz-IV-Empfänger habe ich schon genannt. Das ist eine gute optische Maßnahme,



*Jan Hofer, Chefsprecher der ARD-Tagesschau, moderierte den 1. Deutschen Bauwirtschaftstag.*



die insbesondere der FDP-Klientel dient. Der normale Hartz-IV-Empfänger hat weder eine Eigentumswohnung, noch ein Eigenheim, noch hat er größere Vermögensbestände, die er retten könnte. Es ist eher etwas für den

Diplomingenieur, der in die Arbeitslosigkeit gerutscht ist.

Bei der Gesundheitspolitik bleibt es beim Gesundheitsfonds. Das ist die einzige Reform, die Angela Merkel in den vergangenen vier Jahren persönlich mitgestaltet hat. Darum hält sie auch daran fest. Sonst wäre es vielleicht etwas anders. Aber ich könnte mir vorstellen, dass die Deckelung der Zusatzbeiträge, die die Kassen erheben können, ganz aufgehoben oder anders festgesetzt wird. Die SPD hatte sich seiner Zeit für ein Prozent eingesetzt. Aber man hofft natürlich auf eine Entbüro-

kratisierung des Gesundheitsfonds und auf ein Stück mehr Wettbewerb zwischen den Kassen. Klar ist, dass der Wechsel von gesetzlichen Krankenkassen zu Privatkassen erleichtert werden soll und wieder ohne lange Wartezeiten möglich ist. Ich hoffe insgesamt auf mehr Wettbewerb bei der Festsetzung der Krankenkassenbeiträge. Das jetzige System, bei dem der Staat einen Krankenkassenbeitrag für alle Kassen festlegt, halte ich für eine Verirrung der Ordnungspolitik und konnte es nicht fassen, dass es beschlossen wurde. Der Kündigungsschutz ist für die Union tabu. Vielleicht gibt es einige kleinteiligere Lösungen, beispielsweise bei Kettenarbeitsverträgen. Diese sind häufig im Medienbereich anzufinden. Durch eine Liberalisierung wären die Arbeitnehmer nicht gezwungen, ihre Tätigkeit für ein halbes Jahr oder ein Jahr zu unterbrechen.

Die Auflösung der Bundesagentur für Arbeit, auch dafür hat es früher Stimmen in der Union gegeben, ist vom Tisch. Auch Horst Seehofer hat sich dafür schon einmal eingesetzt. Das war im Jahr 2004!

Insgesamt hätte die FDP auch mit der SPD Koalitionsverhandlungen führen können. Für mich gibt es jetzt bei der Frage, was kommt in den nächsten Tagen heraus, drei Messpunkte, an denen man festmachen kann, ob diese Koalition etwas Neues will oder ob sie nur Variationen des Vorhandenen will. Erster Messpunkt ist, ob es im Steuersystem einen Steuerstufentarif geben wird. Ist er wenigstens angepeilt, auch



wenn er im Moment nicht finanzierbar ist? Steht er in der Koalitionsvereinbarung drin? Stehen die Steuersätze 10, 25, 35 drin? Steht da auch eine Jahreszahl dahinter? Oder gibt es nur eine Abflachung des bisherigen Tarifs im mittleren Bereich? Oder wird dieses dreistufige System durch fünf Stufen ersetzt, wie es zwischenzeitlich von Seiten der Union erwogen worden ist? Das wäre eine Camouflage des herrschenden Systems, denn der Spitzensteuersatz wäre genauso hoch wie jetzt, denn man würde die Kurve durch fünf Einzelpunkte hintereinander ersetzen. Für mich ist es die Frage, ob sich die FDP durchsetzt oder nicht.

Findet man eine gemeinsame Absicht, ein neues Steuersystem zu wollen oder nicht. Ich bin an diesem Punkt bislang etwas skeptisch. Eine Senkung des Steuertarifs im mittleren Bereich hätte auch eine SPD-Koalition bei beschränktem Volumen der Steuerentlastung mitgemacht.

Der zweite Messpunkt ist die Verlängerung der Laufzeit von Kernkraftwerken. Wird sich eine völlige Freigabe der Laufzeiten in der Koalitionsvereinbarung wiederfinden? Für mich steht fest, dass ältere Kernkraftwerke vom Netz genommen werden sollen. Das ist auch ein Entgegenkommen der Stromkonzerne, um den gesellschaftlichen Konflikt bei der Verlängerung nicht auf die Spitze zu treiben. Wird es eine unbefristete oder befristete Verlängerung der Laufzeit geben? Gibt es ein neues Enddatum oder gibt es das nicht? Wenn es das nicht gibt, dann ist



das für mich ein Zeichen dafür, dass im Bereich der Energiepolitik ein Wechsel der bisherigen Politik angestrebt wird. Das heißt auch, dass sich die Politik die dauerhafte Rückkehr in die Kernenergie durch möglicherweise neue Reaktortypen offenhält. Es gibt Kräfte in der Union, die die Kernkraft dauerhaft offenhalten wollen. Die Industrie arbeitet an neuen Reaktortypen, denen man nachsagt, dass sie sicherer sind. Ein solcher Reaktor wird im Moment in Finnland gebaut. Wenn es keine Befristungen geben wird, ist das ein verschwiegener, aber beabsichtigter Wechsel in der Energiepolitik. Es geht wieder zurück zur Kernkraft, und zwar nicht nur für einen Übergang. Auch hier erlaube ich mir einen Blick auf die SPD, die in Gestalt von Herrn Gabriel eine befristete Verlängerung der Laufzeit der Kernkraftwerke ungefähr bis zum Jahre 2030 akzeptiert hätte, wenn da-

für ältere Meiler vom Netz genommen worden wären und deren Laufzeit übertragen worden wäre auf neuere Typen. In dieser Einschätzung bin ich mir nach diversen Gesprächen mit SPD-Vertretern sehr sicher.

Der dritte Messpunkt ist der Gesundheitsfonds. Gibt es einen Beitragswettbewerb zwischen den Kassen? Das wäre mit der SPD nicht mehr machbar gewesen.

Ein wenig Hoffnung kann ich Ihnen insofern machen, dass es bei den Gesprächen in der Arbeitsgruppe Wirtschaft bekundete Absicht gegeben hat, die Wirtschaftspolitik der neuen Bundesregierung ein Stück von dem einseitigen Blick auf die Großindustrie wegzuholen und den Mittelstand in den Mittelpunkt der Politik zu rücken. Das könnte ein Thema sein, das die beiden Partner verbindet, wenn auch die handwerklichen und vor allem die finanziellen Möglichkeiten, das zu tun, beschränkt sind.

Ich weiß, wo Ihre Interessen liegen. Bei der Erbschaftssteuer wird man Ihnen mit Sicherheit entgegen kommen. Im Bereich der Unternehmenssteuer auch. Es ist eine Frage des veränderten Blicks, den die Koalition haben wird. Der Mittelstand hat sich in den letzten Jahren über die Politik für die Großen geärgert, die dann am Ende noch gescheitert ist.

Ich habe Ihnen vorhin schon gesagt, dass die Wohlfühlkoalition bis zur NRW-Wahl weitergehen wird. Man wird die

bitteren Wahrheiten nicht aussprechen. Danach ist es aber unumgänglich. Es kann keine Wohlfühlkoalition bleiben. Wenn sich auch die Arbeitslosigkeit bislang nicht so entwickelt hat, wie befürchtet wurde, werden die ökonomischen Daten im nächsten Jahr verheerend sein. Experten erwarten zwischen 4,3 bis 4,8 Millionen Arbeitslose. Dazu kommen riesige Löcher in den Sozialkassen. Wir wissen von einer Deckungslücke in Höhe von 7,5 Milliarden bei den Krankenkassen. Wir wissen, dass die Arbeitslosenversicherung im nächsten Jahr schon einen Bundeskredit über 20 Milliarden Euro eingeplant haben soll. Die Frage ist, ob das reicht. Der Beitrag soll im Jahr 2011 erhöht werden. Wenn man das verhindern will, muss man noch höhere Bundeszuschüsse zahlen. Die Rentenversicherung könnte im nächsten Jahr das erste Mal in die Situation geraten, dass die Rentengarantie ziehen muss. Bisher sind in diesem Jahr die Einkommen der Arbeitnehmer gesunken, dann müssten eigentlich auch die Renten sinken. Da das von der Großen Koalition noch ausgeschlossen worden ist, müsste eigentlich der Bund einspringen. Das würde bedeuten, dass noch mehr als 80 Milliarden Bundeszuschuss an die Rentenversicherung gehen müsste.

Das alles soll zunächst auf Pump erfolgen – wie man hört. Es wird wohl offenbar auch darüber nachgedacht, ein Sondervermögen zu schaffen, um diese Neuverschuldung für die Stützung der Sozialsysteme am Bundeshaushalt vorbei zu führen. Wenn das morgen von dieser neuen Koalition beschlossen

werden sollte, wird es meiner Meinung nach von Anfang an eine riesige Debatte darüber geben, wie diese Koalition mit den Staatsfinanzen umgeht und wie weit sie sich wegen der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen entschlossen hat, zunächst die Verschuldung zu erhöhen.



Das alles kollidiert ohnehin schon mit einer verheerenden Verschuldungssituation. Ich will Sie nicht mit Zahlen langweilen, nur zwei will ich nennen. Die Gesamtverschuldung der öffentlichen Hand wird von jetzt 1,6 Billionen bis zum Jahr 2013 auf mindestens zwei Billionen Euro steigen. Die Steuereinnahmen des Bundes sind für das nächste Jahr auf 214 Milliarden Euro geschätzt. Diese 214 Milliarden werden komplett für Soziales und Zinsen aufgewendet. Alles andere, was der Bundeshaushalt sonst noch leisten muss, muss auf Pump finanziert werden. Das werden nach den alten Schätzungen von Peer Steinbrück im nächsten Jahr etwa 100 Milliarden sein.

Wenn Sie heute aus den Verhandlungen der Koalition hören, dass 30 bis 35 Milliarden eingespart werden müssten, dann ist das sehr freundlich formuliert. Das sind nur die Milliarden, die gespart werden müssen, um die im Grundgesetz festgeschriebene Verschuldungsgrenze einzuhalten. Selbst wenn das geschafft würde, würden in

den nächsten Jahren immer noch Neuverschuldungen in Größenordnungen von 60 bis 70 Milliarden pro Jahr obendrauf kommen. Von einer Sanierung der Staatsfinanzen wäre man noch meilenweit entfernt. Es muss also gespart werden. Ich prognostiziere Ihnen, dass die Steuern erhöht werden. Es kann gar nicht so viel Wachstum geben, auch nicht bei der Annahme von Steuersenkungen, um alles zu finanzieren und abzutragen. Da man sich im Bereich der Mehrwertsteuer festgelegt hat und ich auch nicht glaube, dass sich die Koalition noch einmal so etwas wie eine Mehrwertsteuerlüge leisten kann, wird es in anderen Bereichen zu Steuererhöhungen kommen. Diese werden dann gut erklärt, weil sie beispielsweise aus energiepolitischen oder gesundheitspolitischen Gründen notwendig seien. Ab dem Jahr 2011 werden die Mineralölsteuer, die Tabaksteuer und die Branntweinsteuer im Fokus stehen.

Es wird eine unruhige Koalition werden. Wir werden ständig Diskussionen er-

leben. Meine strategische Analyse der Situation sagt mir, dass es – wie schon in den Jahren 2005 und 2002 – keine strukturelle Mehrheit für die schwarz-gelbe Koalition in der deutschen Bevölkerung gibt. Es ist eine Besonderheit dieses Wahlkampfes und seines Ausgangs, dass es eine parlamentarische Mehrheit von Schwarz-Gelb gibt.

Hätten die zwei Millionen SPD-Wähler, die 2005 noch Schröder gewählt haben und dieses Mal zu Hause geblieben sind, wieder SPD gewählt, dann hätte Rot-Rot-Grün am Wahlabend bei 48 Prozent und Schwarz-Gelb ungefähr bei 46 Prozent gelegen. Das ist wichtig zu wissen, um das Bewusstsein der neuen Koalition einzuschätzen. Man regiert auf einem unsicheren Fundament. Das ist für mich der Grund, warum Angela Merkel – ich habe sie zuvor als Sozialdemokratin bezeichnet – die Politik so macht, wie sie sie jetzt anlegt, damit sie diese Mehrheit nicht verliert.

Die Schwäche der Union am Wahltag ist nur durch die Katastrophe der SPD überlagert worden. Sonst gäbe es jetzt in der Union eine ganz andere Diskussion über das Abschneiden bei der Bundestagswahl, das auch so schon sehr kritisch gesehen wird. Die Junge Union hat es formuliert, und viele in der Union denken genau so: Die Volkspartei CDU/CSU, die früher einmal breit aufgestellt war und einen rechten und linken Flügel hatte, ist in diesem Wahlkampf auf ein einziges Blatt Papier zusammengefasst worden. Auf diesem stand „Angela Merkel“ drauf. An beide Parteien ging gleichermaßen die Botschaft

heraus, dass sie im Wahlkampf nichts mehr aufschreiben mögen, damit diese Papiere nicht an die Medien geschleust werden können. Flügelkämpfe waren natürlich auch nicht zugelassen. Um sich die Stärke der beiden Volksparteien zu vergegenwärtigen und um somit die politische Situation in Deutschland einschätzen zu können, müssen Sie wissen, dass die CDU/CSU bezogen auf die Gesamtheit der Wahlberechtigten am Wahltag 24 Prozent und die SPD 16 Prozent erreicht hat. So viel zur Stärke der beiden großen Parteien.

Die SPD ist geradezu historisch unter die Räder gekommen. Seit 2005 hat sie 6,2 Millionen Wähler verloren. Das sind fast 40 Prozent. Seit dem ersten Wahlsieg von Gerhard Schröder im Jahr 1998 ist sie von 20 auf unter 10 Millionen Wähler gefallen. Da Gerhard Schröder als Erfinder der Agenda 2010 im Jahre 2005 ein so viel besseres Wahlergebnis als jetzt geholt hat, zieht auch die einfache Erklärung nicht, dass die Niederlage der SPD bei dieser Bundestagswahl ausschließlich auf die Agenda 2010 und die Rente mit 67 zurückzuführen sei. Man könnte über den Wahlkampf der SPD lange reden. Kurz: ich habe noch nie so einem schlechten Wahlkampf wie diesen erlebt. Dafür gibt es eine ganze Reihe von Gründen. Ich komme auf zwölf Gründe, die ich Ihnen aber nur im Kern vortragen will. Den Wahlkampf der SPD komplett auf den Kanzlerkandidaten zu reduzieren, wissend, dass die deutsche Öffentlichkeit eines nicht will, nämlich einen Kanzlerwechsel, war ein Granatenfeh-

ler. Die besten Leute aus dem alten Kabinett zu verstecken, insbesondere Peer Steinbrück, war ein weiterer Granatenfehler. Steinbrück ist nirgendwo plakatiert worden und hat das auch immer wieder intern moniert.

Der nächste Granatenfehler war, statt der starken Leute aus dem Kabinett unbekannteren Figuren als Kompetenzteam aufzureihen. Die starken Leute mussten sich dahinter verstecken. Aber im Laufe des Wahlkampfes ist dann das Kompetenzteam nie wieder gezeigt worden. Wenn man aus einer Regierung kommt, kann man keinen Oppositionswahlkampf machen. Das war eine strategische Unmöglichkeit. Man muss dann zur Großen Koalition stehen und erklären, welches die eigenen Leistungen waren. Da hätte es einiges zum Vorzeigen gegeben. Steinbrück hätte etwas vorzeigen können, Olaf Scholz hätte die Kurzarbeiterregelung vorzeigen können. Die SPD hätte auf die Verschrottungsprämie bei den Autos verweisen können, denn sie war ihre Erfindung in der Großen Koalition. Die Partei hätte relativ stolz Wahlkampf machen können. Aber sie haben alles das nicht getan. Es war ein verheerend schlechter Wahlkampf, bei dem der Kanzlerkandidat von einer Schar von Beratern umgehen war. Ich kann Sie nur generell vor Beratern warnen.

Es gibt eine neue Troika: Gabriel, Nahles, Steinmeier. Man fürchtet sich fast, Troika zu sagen. Wenn man es sagt, dann hat man schon die alte Troika mit Schröder, Lafontaine und Scharping im Hinterkopf: So wie diese drei sind auch

die drei Neuen aufgestellt. Das kann nicht funktionieren, denn Herr Gabriel und Frau Nahles kommen überhaupt nicht miteinander zurecht und sind auch noch nie miteinander zurechtgekommen. Da gibt es eine wechselseitige Verachtung. Frau Nahles hat intern bei allen möglichen Gesprächen Herrn Gabriel immer „Siggi Pop“ genannt, da er einmal Pop-Beauftragter der SPD war. Das zeigt die ganze Wertschätzung. Nun soll sie für ihn arbeiten. Gabriel ist 50 Jahre alt, Frau Nahles 39. Sie liegen generationsmäßig nicht so weit auseinander. Und ich bin ganz sicher, dass Frau Nahles selbst SPD-Vorsitzende werden möchte. Das verspricht ein lustiges Verhältnis zwischen diesen beiden zu werden.

Ich habe den Eindruck, dass die Zeit schon ein wenig über Herrn Steinmeier als Fraktionsvorsitzenden hinweggegangen ist. Er hat am Wahlabend falsch taktiert. Er hätte eigentlich den Parteivorsitz und den Fraktionsvorsitz übernehmen müssen. Wenn er nur ein Amt bekommen konnte, dann hätte es der Parteivorsitz sein müssen. Siegmund Gabriel ist der feurigste Redner der SPD und wäre im Bundestag als Oppositionsführer eigentlich besser aufgehoben gewesen. Also diese Troika stimmt hinten und vorne nicht, und ich glaube, sie wird keinen Bestand haben.

Es wird nun in dieser Partei eine rasante Fahrt nach links geben. Das Tabu gegenüber der Linkspartei ist gefallen. Gabriel hat schon erklärt, dass man 2013 zu Koalitionsgesprächen bereit wäre. Diese Gedanken gibt es schon

seit geraumer Zeit. Es ist öffentlich nur nicht ausgesprochen worden. Oskar Lafontaine wollte das von Anfang an. Die Weitsichtigeren in der SPD-Führung haben darüber gedacht, aber nicht darüber geredet. Es geht um das Projekt einer Fusion, um die beiden Parteien zusammenzubringen, die Kommunisten auszustoßen und dann eine stärkere, wieder große, linke Volkspartei SPD zu haben. Es ist natürlich ein Projekt, dass längere Zeit braucht und nur über Koalitionen funktioniert. Mit Koalitionen sieht es eher schlecht aus. Das ideale Jahr wäre das Jahr 2017, das wäre nämlich exakt 100 Jahre nach der historischen Spaltung der so genannten Arbeiterbewegung am Ende des 1. Weltkriegs. Dann würden die sich wieder vereinigen. Kann sein, muss nicht sein.

Länderkoalitionen müssen dem vorausgehen, hätten dem vorausgehen müssen. Da hat der hier anwesende Cem Özdemir seinen Teil dazu beigetragen, dass es im Saarland nicht funktioniert hat. Die erste Chance für Rot-Rot-Grün war natürlich Hessen, das muss ich Ihnen nicht weiter in Erinnerung rufen. Zweite Möglichkeit war Thüringen. Da ist es an der SPD gescheitert. In beiden Fällen lag es an persönlichen Rivalitäten und Unzulänglichkeiten, die in solchen Fällen eine unglaublich große Rolle in der Politik spielen. Es geht nicht um die strategische Einschätzung auf dem politischen Reißbrett. Wenn zwei Figuren nicht miteinander zurecht kommen, dann geht es eben nicht. Der Linkenvorsitzende in Thüringen, Bodo Ramelow, ist eigentlich einer der pro-

filiertesten Reformer der Linkspartei. Wenn die SPD mit einem koalitiert, dann am ehesten mit ihm, weil er von Thüringen aus etwas in Richtung Berlin in Bewegung hätte setzen können. Aber Sie wissen, es ist nichts daraus geworden. In Brandenburg wird es Rot-Rot geben, das sagt für Rot-Rot-Grün gar nichts.

Denn es ist eine klassische ostdeutsche Koalition – für Rot-Rot reicht es im Westen niemals. Da muss immer noch die grüne Partei dazukommen. Es hat im Saarland nicht funktioniert, weil sich die Grünen dort eine neue strategische Möglichkeit eröffnet haben. Das ist für die Grünen eine neue Chance. Also statt Rot-Rot-Grün wird dort Jamaika erprobt. Die rot-rot-grüne Koalition bleibt also vorerst ein Projekt ohne Premiere. Sie ist nirgendwo in Gang gesetzt worden. Wir werden bis zur nächsten Bundestagswahl in vier Jahren noch neun Landtagswahlen erleben. Bei keiner dieser Landtagswahlen liegt Rot-Rot-Grün heute auf der Hand. Dann käme es darauf an, was 2013 ist. Auf jeden Fall wird man den Umgang miteinander nicht in Länderkoalitionen geprobt haben. Da hat Cem Özdemir im Saarland die Luftpumpe zwischen die Speichen des Fahrrads gehalten. Oskar Lafontaine ist ganz schnell vom Fahrrad abgestiegen. Nun hat sich die Grüne Partei eine neue Option erschaffen und natürlich, das darf man nicht vergessen, auch die Union.

Die Union ist mit ihren 33,8 Prozent mit einem haarsträubend schlechten Ergebnis aus dieser Bundestagswahl herausgekommen. Es ist das zweitschlech-

teste Wahlergebnis in der Geschichte. Aber dennoch – und trotz mehrerer verlorener Landtagswahlen – regiert die Union überall weiter. Dazu hat sie neue Bündnisoptionen. Sie hat Schwarz-Rot, sie hat Schwarz-Grün, sie hat Schwarz-Gelb und jetzt auch noch Jamaika. Es ist kein Wunder, dass die Union verwirrt ist. Sie ist hundsmiserabel schlecht und regiert trotzdem überall. Das versteht die Partei selbst nicht.

Die Ordnung des Fünf-Parteien-Systems in zwei Blöcke ist im Saarland durchbrochen worden. Man hat nach der Bundestagswahl geglaubt, dass es jetzt automatisch auf diese Blockbildung hinaus läuft. Das wäre ein gewisses Ordnungssystem gewesen. Das ist nicht mehr so. Wie sich die Grünen weiterentwickeln, wohin sie sich öffnen, wird sich zeigen müssen. Bei der Bundestagswahl waren sie in einem to-

ten Winkel, da sie für die Machtfrage im Bund keine Rolle gespielt haben. Das wollen die Grünen natürlich verändern. Das müssen sie verändern. Sie wollen mitregieren.

Kommen wir zu den Personalspekulationen. Das mache ich jetzt relativ kurz, aber Gesichter und Figuren sind die Höhepunkte einer solchen Ausführung. Ich habe ein paar Erwartungspunkte und ein paar Hoffnungspunkte.

Besonders gespannt bin ich, was aus Ursula von der Leyen wird. Diese Frau hat sich freiwillig für ein Höllenfahrtskommando gemeldet. Ich meine damit das Amt der Gesundheitsministerin. Im Gesundheitsministerium lautete früher einmal die Regel: wer das hat, ist tot. Da kann man keine Karriere mehr machen, da kann man sich nur am Stuhl festhalten. Ulla Schmidt hatte sich am Stuhl festgetackert. Es gibt auch keine



Konkurrenz um diesen Stuhl. Er steht auf vermintem Gelände. Es gibt viele Lobbyisten. Es gibt auch nur ein paar kleinere Figuren, die sich in der Gesundheitspolitik auskennen. Dazu gehört Herr Lauterbach, der Mann mit der Fliege, der das Grillen auf dem Balkon für lebensgefährlich hält. Ansonsten herrscht Stille. Nun meldet sich Ursula von der Leyen und möchte das gerne machen. Die Frau ist Ärztin von Beruf, sie hat die Familienpolitik grundlegend verändert, aber da ist nicht mehr viel zu verändern. Das macht mich hoffnungsfroh. Ich bin richtig gespannt, was sie vorhat.

Was kann man sonst noch erwarten und erhoffen? Die Kanzlerin ist, wie Sie wissen, nicht auswechselbar. Guido Westerwelle wird Außenminister. Ich glaube, er muss es werden. Es ist für ihn der Ritterschlag, er tritt ein in die große Tradition der alten FDP-Außenminister. Das braucht er zur Bestätigung seines Selbstwertgefühls. Würde er ein anderes Amt in der Bundesregierung annehmen, würde das von den gleichen Leuten, die es ihm heute heiß ans Herz legen, als Bestätigung seiner Zweitklassigkeit interpretiert, weil es eben nicht für den Außenminister gereicht hat. Mit seiner speziellen Lebensgeschichte muss Westerwelle geradezu Außenminister werden.

Ich erwarte allen anders lautenden Spekulationen zum Trotz auf dem Posten des Finanzministers eher Hermann Otto Solms. Es heißt zwar immer, dass die CSU den ersten Zugriff hätte, nachdem die CDU zuvor die Kanzlerin und die FDP den Außenminister gesetzt

haben. Ich glaube nicht, dass das Geschäft so läuft. Zudem hat mir heute jemand erzählt, dass er schon in der vergangenen Woche Frau Merkel und Herrn Westerwelle in einem bestimmten Restaurant in Berlin zusammen gesehen hat. Jeder hatte einen Zettel und einen Stift vor sich liegen. Daher wird die These vertreten, dass die Kabinettsliste da schon längst fertig war.

Ich glaube, dass die FDP Wert darauf legen muss, den Finanzminister zu stellen, weil das Steuerthema ihr Herzenthema ist. Ich glaube auch, dass Hermann Otto Solms während der Oppositionszeit in der dünnen Luft um Guido Westerwelle herum der verlässlichste Berater und Freund war. Wenn das so kommen sollte, muss das Wirtschaftsministerium von der Union besetzt werden. Ich hoffe, dass es wieder der Freiherr zu Guttenberg sein wird. Wenn er dort nicht auftaucht und auch nicht ins Finanzministerium wechselt, sondern beispielsweise bei der Verteidigung auftaucht, dann will ihn die Kanzlerin klein machen. Verteidigung ist kein Feld, auf dem man groß werden kann. In Wahrheit empfängt man – so bitter es klingt – Tote, die aus Afghanistan ausgeflogen werden. Man hat es mit einem Krieg zu tun, der mutmaßlich nicht zu gewinnen ist, und spielt ansonsten in der Außenpolitik keine Rolle, denn die wird überwiegend im Kanzleramt und zu zehn Prozent Auswärtigen Amt gemacht. Wenn das doch so käme, was ich nicht glaube, vor allem hoffe ich es nicht, dann wäre das für mich ein sicherer Beleg dafür, dass die Kanzlerin ihn schon für zu mächtig

und tendenziell für zu gefährlich hält. Denn der Mann ist kaum im Amt gewesen, da ist er schon als kanzlerfähig beschrieben worden. Übrigens auch von mir. Ich halte sehr viel von ihm.

Dann gibt es noch einen zweiten Mann, von dem ich im Bereich der Union sehr viel halte: Norbert Röttgen. Er ist im Moment als Parlamentarischer Geschäftsführer von seiner Qualifikation her völlig unterbeschäftigt. Er ist ein sehr intelligenter, sehr unabhängiger Mann, der in dem ersten Kreis um die drei Frauen im Kanzleramt herumsitzt, die das Land in Wahrheit regieren. Das sind Frau Merkel, ihre Büroleiterin Beate Baumann und ihre Medienberaterin Eva Christiansen. Dann gibt es darum herum einen weiteren Kreis. Das sind überwiegend Männer, dazu gehört Herr Röttgen. Er ist so etwas wie die Erinnerung von Angela Merkel an sich selbst vor fünf Jahren. Er ist die Bernsteinfliege. Er redet noch so, wie die Union vor vier oder fünf Jahren Politik machen wollte. Das wird auch durchaus von Angela Merkel geschätzt. Die beiden kommen gut miteinander aus. Er nimmt sich die Freiheit, selbstständig zu denken. Das könnte er auch in einem anderen Amt tun und damit theoretisch gefährlich werden.

Was wird also aus Röttgen? Ich gehe nicht davon aus, dass er im Hinterzimmer des Kanzleramtschefs versteckt wird. Ich hoffe, dass er ein wichtiges Ministerium bekommt, denn er hätte eigentlich schon einmal Fraktionschef werden sollen. Das durfte er wegen der beschriebenen unabhängigen

Eigenschaften nicht werden. Das musste Herr Kauder wieder werden, der 100prozentig zuverlässig funktioniert. Dabei wäre eine Verjüngung an der Fraktionsspitze gut für die Union gewesen. Ich hoffe, Herr Röttgen wird Innenminister, weil er damit neben zu Guttenberg der zweite sehr starke Unionsminister im Kabinett wäre, Ursula von der Leyen als Gesundheitsministerin nicht zu vergessen. Das würde aber bedeuten, dass für Wolfgang Schäuble ein anderes Amt gefunden werden müsste, beispielsweise das Amt des Bundestagspräsidenten oder die Chefposition bei der Konrad-Adenauer-Stiftung. Beides erfordert aber den Mut, ihm zu sagen, dass er das Kabinett verlassen soll. Und es erfordert Mut, Röttgen zum Innenminister zu machen, weil er damit schon in eine Schlüsselposition käme. Ich bin gespannt.



Die bekannten Entscheidungen muss ich nur ganz kurz streifen. Frau Leutheusser-Schnarrenberger wird mit Sicherheit Justizministerin. Umwelt könnte, falls es Röttgen nicht wird, Tanja Gönner aus Baden-Württemberg übernehmen, da sie der Kanzlerin sehr nahe steht. Forschung bleibt bei Frau Schavan, Verteidigung vermutlich bei Herrn Jung, falls Herr Guttenberg nicht dorthin geschoben wird. Arbeitsminister wird wohl Ronald Pofalla, der aus dem Reich des Arbeiterführers – ich meine damit Nordrhein-Westfalen – kommt und diese Eigenschaften auch in der Bundespolitik einführen will.

In einem Fall könnte es einen Neuzuschnitt eines Ressorts geben, den ich mir sehr wünschen würde. Die Integration wird auf die Ministerebene gehoben, und es wird ein Ministerium für Integration und Familie gegründet. Das könnte Maria Böhmer führen, die bisher als Integrationsbeauftragte im Kanzleramt war. Ein zweiter Zuschnitt wäre auch noch denkbar und fast noch interessanter, nämlich eine Zusammenlegung von Integration und Bildung. Damit würde der Schwerpunkt auf die junge Migrantengeneration gelegt werden, die wir über Bildung integrieren wollen. Ich tippe aber eher auf Integration und Familie.

Landwirtschaftsministerin bleibt Frau Aigner. Dann gibt es noch zwei Ressorts. Verkehr und Entwicklung. Entwicklung könnte, falls es nicht einem anderen Ressort zugeschlagen wird, wovon ich nicht ausgehe, ein halbes Ressort bleiben, das man noch der CSU

gibt, weil sie bisher nur zwei Minister hatte. Das halbe Entwicklungsressort könnte ein bisschen Außenpolitik vertauschen.

Ein interessantes Ministerium, das kann ich nur der FDP zurufen, ist das bisherige Bau- und Verkehrsministerium. Es ist in Wahrheit ein Infrastrukturministerium mit viel mehr Geld als im Wirtschaftsministerium. Man könnte richtig Mittelstands- und Technologiepolitik machen, eine Verkehrspolitik neuer Art, bei der man das Elektroauto fördert, eine Infrastruktur für Elektroautos aufbaut und vieles mehr in die Wege leitet.

Das ist mein Überblick. Sie werden in den nächsten vier Jahren nicht vor Langeweile einschlafen. Wir werden in der Politik von beiden Lagern gut unterhalten werden. Dazu gibt es in allen Parteien jeweils intensive Diskussionen. Es stehen in allen Parteien Richtungsentscheidungen mit entsprechenden Auseinandersetzungen an. Die Regierungskoalition hat durch die ökonomischen Daten eine ziemlich schwierige Situation zu meistern, die ohne fühlbare Einsparungen und Steuererhöhungen nicht zu bewältigen ist. Es ist so sicher wie das Amen in der Kirche, dass es zu Steuererhöhungen kommen wird.

Ich wünsche Ihnen in den nächsten vier Jahren gute Unterhaltung und eine stabile Zukunft als Mittelständler. Bleiben Sie treue Steuerzahler, gehen Sie nicht ins Ausland. Wir brauchen jeden Cent. Vielen Dank.



*Gudrun Kopp MdB,  
Mitglied der FDP-Bundestagsfraktion*

Meine sehr geehrten Herren und Damen! Es ist richtig. Ich bin nicht Rainer Brüderle, sondern seine Kollegin. Ich bringe Ihnen von ihm herzliche Grüße. Während dieser Veranstaltung läuft noch die Fraktionssitzung meiner Partei. Da geht es am Rande auch um Personalfragen. Aber wie wir eben von Herrn Jörges gehört haben, steht das Kabinett bereits. Herr Jörges, es hat mir sehr viel Spaß gemacht, Ihnen als bekanntem Politikversther zuzuhören. Ich musste mich schon sehr zurückhalten, um an keiner Stelle auch nur ein Zeichen irgendwelcher Art von mir zu geben. Ich kann Ihnen sagen, auch für uns Liberale ist es eine äußerst spannende Zeit. Ich bin Mitglied der Arbeitsgruppe

Wirtschaft, Energie, Bürokratieabbau und Aufbau Ost bei den Koalitionsverhandlungen und habe die Verhandlungen der letzten Tage für diesen Fachbereich auch mit vorbereitet. Ich bin FDP-Sprecherin für Energiepolitik und Welthandelsfragen und kann nur sagen: Es macht uns nach elf Jahren Opposition große Freude. Wir wollen gerne mitregieren, wenn die Koalitionsverhandlungen so ausfallen, wie wir es uns vorstellen.

Ich darf Ihnen versichern, dass wir uns sehr über das Wahlergebnis und den Zuspruch freuen, wir aber keinen Grund sehen, in irgendeiner Weise abzuheben. Ganz im Gegenteil. Wir wissen um unsere Verantwortung. Wir wissen auch, dass das, wofür wir in erster Linie im Wahlkampf gestanden haben, umgesetzt werden muss. Als politische Kraft in diesem Land haben wir den Anspruch, das umzusetzen, was wir gesagt und versprochen haben.

Im Wahlkampf habe ich wahrgenommen, dass viele Medienvertreter meinten, dass es eine Fortsetzung der großen Koalition geben würde. Ich habe das in meinem Wahlkreis in Ostwestfalen-Lippe und in Nordrhein-Westfalen besonders gemerkt und es war für uns als Kandidaten oft grenzwertig. Aber ich habe mich immer damit getröstet, dass es auch das Internet gibt, um sich Informationen zu suchen. Viele Wahlkampfaktivitäten haben über das Internet stattgefunden. Das ist eine neue Qualität. Darauf müssen wir uns auch einstellen und haben es auch getan. Ich finde es gut, dass sich die Wähler

und Wählerinnen nicht mehr so fest an einmal getroffene politische Richtungsentscheidungen gebunden fühlen, sondern dass die Wähler und Wählerinnen sich vermehrt aufgrund von aktuellen Persönlichkeiten und Inhalten entscheiden. Das spricht gegen starre Parteiformierungen und es spricht auch für eine viel größere Offenheit für künftige Regierungsbildungen. Auch diesen Trend finde ich sehr positiv.

Sie als Bauwirtschaft formulieren: „Mittelstand baut Zukunft“. Die künftige schwarz-gelbe Regierung möchte genau so regieren. Um die Zukunft zu bauen, bauen wir auf das Fundament des Mittelstandes. Ich kann Ihnen von den Koalitionsberatungen mitteilen, dass die Steuerpolitik ein wichtiges Thema ist. Ich kann noch keine Details nennen, aber es wird Sie überraschen, welche einzelnen Formulierungen Sie im Koalitionsvertrag vorfinden werden. Wir als FDP fühlen uns dem Mittelstand verpflichtet und werden kleinere, mittlere Einkommen entlasten.

Heute mittag sagte Guido Westerwelle in der FDP-Bundestagsfraktion sehr treffend: Ein faires Steuersystem und faire Steuersätze sind Voraussetzung für ein Erstarren der Wirtschaft. Die Knackpunkte sind für uns natürlich die Steuer- und Finanzpolitik, aber auch die Konsolidierung des Haushaltes sowie die Gesundheitspolitik. Wir wollen nicht das weiterführen, was die große Koalition in den vergangenen Jahren gemacht hat, sondern es soll für jeden spürbar sein, dass es demnächst eine neue Regierung gibt.

In der Arbeitsgruppe Wirtschaft ging es neben den strukturellen Überlegungen zum Steuersystem und zu den Steuersätzen um eine Rücknahme der Substanzbesteuerung, die insbesondere den Mittelstand am Erstarren gehindert hat. Auch die Zugänge zu Krediten und Finanzierungsmöglichkeiten sind sehr wichtig.

Aber ich weiß auch, dass die Energiepolitik ein Schlüssel in der Politik sein wird. Ich will kurz auf das Thema eingehen. Was passiert in der Energiepolitik? Wir haben vor der Wahl gesagt, wir möchten die Laufzeiten von sicheren Kernkraftwerken verlängern. Ich prophezeie Ihnen, dass wir das auch umsetzen werden. Dabei geht es nicht um ein Durchwinken oder einen Automatismus. Wir werden genau hinschauen und ein Gesamtkonzept vorlegen, das auch den weiteren Einstieg in den Ausbau der erneuerbaren Energien berücksichtigt. Wir haben sehr genau dargestellt, dass für uns die Nutzung der Kernenergie als Übergangstechnologie bis zu dem Zeitpunkt notwendig ist, an dem eine CO<sub>2</sub>-freie Energieproduktion tatsächlich umgesetzt werden kann. Das ist derzeit noch nicht der Fall. Wir wissen, dass es bei der Grundlast-Stromproduktion gerade bei den unsteinsten Energieträgern wie Wind und Sonne noch hapert. Es gibt sehr große Ausschläge in Form einer Überförderung im Bereich der Photovoltaik, die Milliarden kosten und die von allen Stromkunden bezahlt werden müssen. An dieser Stelle müssen wir sehr viel mehr als bisher in Wissenschaft und Forschung investieren, um die Speicherfähigkeit

von erneuerbaren Energien voranzutreiben. Ein klares Konzept dafür werden Sie zwar noch nicht im Koalitionsvertrag wiederfinden, dafür sind zu viele Detailfragen zu klären. Aber das werden wir zügig angehen und dabei ideologiefrei und technologieoffen vorgehen. Auch dem elfjährigen Stillstand bei der notwendigen Erforschung eines Endlagers für die atomaren Abfälle werden wir ein Ende setzen und eine ergebnisoffene und transparente Forschung ermöglichen.

Meine Damen und Herren, es ist mir wichtig, noch einmal darauf hinzuweisen, dass die Stärkung des Wettbewerbs ein wichtiger Punkt für uns ist. Wir wollen verlässliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft haben. Wir wollen den Mittelstand entlasten. Dabei werden wir an der einen oder anderen Stelle auch sehr genau ins Detail gehen müssen. Bei der Erbschaftsteuer gibt es vieles zu tun. Ich nenne nur die zwei Stichworte „Lohnsummen“ und „Haltefristen für mittelständische Unternehmen“. Ich komme selbst aus dem Mittelstand und weiß, dass man sich auf solche Parameter nicht für Jahre festlegen kann.

Wir brauchen dringend eine verlässliche Regelung bei Unternehmensnachfolgen. An dieser Stelle wird sich einiges tun. Ich hoffe, dass die Überraschungen bei Ihnen dann auch positiv sein werden. Ich vermute, dass zum Wochenende ein Ergebnis vorliegen wird. Wir werden am Sonntag einen außerordentlichen Bundesparteitag hier in Berlin abhalten, um unsere

Basis über den bis dahin vorliegenden Koalitionsvertrag abstimmen zu lassen. Dann werden auch die Personalentscheidungen bekannt sein. Seien Sie versichert, dass bis dahin hart gearbeitet wird, um die letzten Konfliktpunkte zu bereinigen und um letztendlich zu einem guten Ergebnis zu kommen. Ich freue mich ganz besonders, dass wir auch zum Thema Datenschutzverlässlichkeit und Bürgerrechtsschutz enorm weitergekommen sind. Es waren ebenfalls große liberale Anliegen. Ich will noch einige Punkte ansprechen, die Ihre Bauwirtschaft betrifft. Ich nannte vorhin die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit gegen zu große Marktmacht und gegen Monopolstrukturen. Hier wird es neue Regelungen im Wettbewerbsgesetz geben, die Ihnen mit Sicherheit entgegenkommen werden. Diese Art der Wettbewerbsstärkung werden wir insbesondere auf die vier großen Energieunternehmen am deutschen Markt umsetzen. Da gibt es zudem viel, was zur Stärkung des Bundeskartellamtes noch gemacht werden muss.

Beim privaten Wohnungsbau sind im Moment Investitionen in Deutschland eher eine Seltenheit. Unternehmen sind verständlicherweise wegen der Krise zurückhaltend. Hoffnungsträger ist für mich der Tiefbau im Verkehrswesen, insbesondere der Straßenbau. Unsere Vorstellung ist es, die Mauteinnahmen dem Tiefbau zur Verfügung zu stellen und außerdem eine Planungsbeschleunigung hinzubekommen, wie es sie in anderen europäischen Ländern gibt.

Beim Tiefbau müssen auch die Public Private Partnership-Projekte vorangebracht werden. Unser Anliegen ist es, die mittelständische Bauwirtschaft hier mit einzubeziehen. Dazu muss das Know-how verbessert, Musterverträge ausgearbeitet und Beratungen ermöglicht werden. Außerdem muss die Infrastrukturplanung und -umsetzung vorangebracht werden – auch jenseits der öffentlichen Gelder. Denn aufgrund der Tatsache, dass die öffentlichen Kassen sehr angespannt sind, muss es bei PPP im Hochbau und Tiefbau weitergehen. PPP ist ein sehr interessanter Punkt und wir werden auch in Ihrem Sinne hier weiterkommen.

Was auch Ihr Interesse finden wird, ist die energetische Optimierung des Gebäudebestandes. Hier gibt es viel Nachholbedarf. Wenn wir sie so wie geplant umsetzen würden, könnten beispielsweise bei der Wärmedämmung 100 Milliarden Euro an Energiekosten und 400 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart werden. Das setzt natürlich voraus, dass die Finanzierungsmöglichkeiten bei der Gebäudesanierung optimiert werden. Es ist daher wichtig, ein Modernisierungsgesetz auf den Weg zu bringen, um Investitionen in Gebäude zu erleichtern. Damit wäre auch eine Mietrechtsänderung verbunden, aber auch die Zulassung der Duldung von Beeinträchtigungen für die Mieter während einer solchen Sanierungsphase. Bislang wurden viele Investitionen verhindert.

Ein weiterer wichtiger Baustein ist das Bauforderungssicherungsgesetz. Das

ist ein Konstrukt, das derzeit tatsächlich wirtschafts-, insolvenz- und verfassungsrechtliche Bedenken pflegt. Eigentlich sollen damit Nachunternehmer geschützt werden, wenn sie Forderungen nicht mehr realisieren können. Aber in der Praxis ist damit das Gegenteil erreicht worden. Dieses Gesetz ist nicht praxistauglich, der Gesetzgeber ist gefordert. Ziel muss es sein, dass nachfolgende Unternehmen tatsächlich vor Ausfällen ihrer Forderungen geschützt werden. Das wird derzeit nicht erreicht. Dieses Gesetz ist – ich habe es mir sehr genau angeschaut – eine Sonderbelastung für die gesamte Bauwirtschaft. Es ist bürokratisch, es belastet Generalunternehmer genau so wie Handwerker und Subunternehmer, es erhöht im Übrigen Liquiditäts- und Insolvenzrisiken für Unternehmen, auch wenn dieser Punkt im politischen Raum noch gar nicht in dieser Form angekommen ist. Dieses Gesetz muss nicht einfach nur nachgebessert werden, sondern es muss eine Revision erfolgen, damit am Ende auch das herauskommen kann, wofür es eigentlich geplant war. Es ist ein sehr wichtiges Gesetz und eine weitere Stellschraube, um tatsächlich Investitionen zu ermöglichen.

Der nächste kritische Punkt ist die Separierungspflicht. Es beinhaltet die Pflicht, das Baugeld für jede einzelne Baustelle in einem separaten Konto zu führen. Wenn ein Bauunternehmen mehrere Baustellen hat, ist diese Separierungspflicht ein Bürokratiemonstrum. Es ist in der Praxis sehr problematisch. Auch hier werden



wir genau hinschauen und etwas tun, was die Arbeit ermöglicht, was Kosten einspart und insgesamt die Strukturen verschlankt.

Beim Thema Steuern kann ich, auch wenn ich eben in der Fraktionssitzung Details gehört habe, noch nichts genaueres mitteilen. Es ist noch „secret“. Aber ich darf Ihnen ganz allgemein sagen: Alles das, was geeignet ist, Substanz zu besteuern, muss zurückgeführt oder ganz abgeflacht werden. Dazu gehört auch die Umstellung auf die Ist-Besteuerung. Bislang gilt: Wenn Sie eine Rechnung ausstellen, wird sofort der volle Betrag mit der Umsatzsteuer fällig. Wenn Sie lange auf Ihre Forderung warten müssen, müssen Sie in Vorleistung treten. Unternehmen, die wirtschaftlich in großen Schwierigkeiten sind, bekommen schnell ein Liquiditätsproblem. Ich glaube, dass es nur fair ist, hier die Ist-Besteuerung einzuführen. Das wäre ein großer Schritt nach vorn.

Die Erbschaftssteuer habe ich eben schon einmal angesprochen. Auch an der Stelle ist der Mittelstand sehr geplagt. Bei der Verabschiedung des Gesetzes habe ich einmal gehört, dass die mittelständischen Unternehmen nicht von der Erbschaftssteuer betroffen sind. Da gäbe es genügend Freibeträge und man könne sich zurücklehnen. So hat es eine Weile gedauert, bis einige das durchgerechnet haben und festgestellt haben: Halt! Ich bin ja doch betroffen und es ist zu meinem Nachteil. Es ist ein weites Feld, das wir angehen müssen.

Der Mittelstand – ich will das noch einmal ganz ausdrücklich sagen – ist die Säule der sozialen Marktwirtschaft. Diese wollen wir stärken, um beschleunigt aus der Krise herauszukommen. Nicht nur in meiner Arbeitsgruppe der Koalitionsverhandlungen war die Maxime so, dass es am allerwichtigsten ist, die politischen Weichen so zu stellen, dass Wachstum gefördert wird und Be-



schäftigung eine Chance hat. Schließlich soll auch die Bauwirtschaft wieder prosperieren. Nicht nur hier in Deutschland, sondern auch europaweit gibt es sehr viele Infrastrukturmaßnahmen, wo sich auch unsere deutsche Bauwirtschaft durch ihr großes Know-how und durch ihr Fachwissen mit hervorragenden Fachkräften Aufträge holen kann. Da brauchen wir uns nicht verstecken. Die Bauwirtschaft hat auch große Chancen beim Netzausbau und Netzneubau im Energiebereich. Hier liegen Investitionen derzeit noch brach. Denken Sie zum Beispiel an die Windkraft im Norden Deutschlands, wo Strom von Nord nach Süd gebracht werden muss. Denken Sie daran, wie wichtig es ist, auch den Kraftwerkspark in Deutschland zu erneuern und auch in Innovationen zu investieren. Ich nenne als Beispiel die CO<sub>2</sub>-Abscheidung bei der Verbrennung von Kohle. Wenn das gelingt und solche Pilotprojekte tatsächlich positiv ausgehen, dann ist das auch für den Export einer solchen Technologie in

Deutschland eine große Nummer. Hier ist wiederum die Bauwirtschaft gefragt, um diese Infrastrukturmaßnahmen umzusetzen. Ich weiß, dass die Energiewirtschaft Milliarden dafür vorgesehen hat.

Wir werden Rahmenbedingungen rechtlicher und planerischer Art schaffen, um Deutschland wirklich zu einem Investitionsstandort zu machen, zu einem Markt der Zukunft für den Mittelstand. Wir wollen, dass es den Menschen und der Wirtschaft in diesem Land erheblich besser geht. Dafür werden wir arbeiten.

Es wird nicht alles gelingen, das weiß ich, dafür bin ich auch viel zu lange im politischen Geschäft. Aber wir kennen unsere Verantwortung. Wir kennen die Erwartungen, die Sie an uns haben. Wir werden alles tun, um Ihre Erwartungen bestmöglich zu erfüllen. Ich bedanke mich und wünsche Ihnen und uns allen viel Erfolg!

*Moderator Jan Hofer:*

Vielen Dank, Frau Kopp. Im Wahlkampf kann man alles sagen und versprechen. Franz Müntefering hat einmal gesagt: Wer den Parteien im Wahlkampf glaubt, ist selber schuld. Aber jetzt sind Sie in der Regierungsverantwortung. Sie haben ein großes Erwartungsgebilde aufgebaut, müssen aber feststellen, dass die Realität eine andere ist. Die Kassen sind leer. Wir durchleben eine der schlimmsten Wirtschaftskrisen. Ist das, was Sie sich vorgestellt haben, nicht doch auf ein relativ kleines Maß zusammengeschrumpft?

*Gudrun Kopp:*

Nein! Die Kassen sind mehr als leer, die Verschuldung ist hoch. Das konnten wir erahnen und wissen. Die Frage ist nun, mit welcher politischen Philosophie wir an diese Probleme herangehen. Man kann sagen, dass wir uns gar nichts leisten können und dass die Einnahmen durch höhere Steuern verbessert werden müssen. Also so wie wir es auch in den letzten Jahren erlebt haben.

Wir haben eine andere Philosophie. Wir sehen, dass die Bevölkerung und auch die Unternehmen in Deutschland in der Vergangenheit über Gebühr belastet wurden. Ohne dass wir für eine Entlastung sorgen, werden wir meiner Meinung nach nicht aus dieser Krise herauskommen. Ich weiß, dass das eine Riesenaufgabe ist.

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Wir haben bei den Wettbewerbsstrukturen der Vergangenheit dafür gekämpft,

dass Wettbewerber am Markt steuerrechtlich gleichbehandelt werden. Ein Gegenbeispiel ist die Deutsche Post AG und ihre Umsatzsteuerbefreiung für bestimmte Dienstleistungen. Die Deutsche Post AG genießt die Umsatzsteuerbefreiung, die Mitbewerber nicht. Gemäß einem EuGH-Urteil ist das rechtlich okay. Aber der Bundesfinanzminister hat pro Jahr 500 Millionen Euro weniger an Steuereinnahmen. Es ist zwar – im Vergleich zum Gesamtvolumen – nur ein geringer Betrag, aber er steht für eine Steuerungsgerechtigkeit. Hier wollen wir – und zwar schnellstens – für gleiche Rahmenbedingungen am Markt sorgen. Davon gibt es viele Maßnahmen, die nicht unbedingt viel Geld kosten müssen. Wir wollen durch Investitionsanreize Bremsen lösen, bessere und verlässlichere Rahmenbedingungen bei Planungsverfahren ermöglichen und den Bürokratieabbau vorantreiben.

*Moderator Jan Hofer:*

Als Sie vorhin vom Tiefbau sprachen und in diesem Zusammenhang Public Private Partnership gebracht haben, klang das für mich sehr nach allgemeiner Maut.

*Gudrun Kopp:*

Nein! Auf gar keinen Fall. Es wird – das sage ich jetzt von mir aus – keinerlei Mauterhöhungen und auch keinerlei Mauterweiterungen geben. Das wäre kontraproduktiv und wir haben die Belastungsgrenzen gerade der Transportunternehmen an unserem Standort sehr wohl im Auge. Noch einmal: mit der Begründung, dass wir das Geld

brauchen, können Sie natürlich an solchen Schrauben immer weiter drehen. Wenn Sie sich einmal anschauen, wie viele dieser Einnahmen tatsächlich zweckgebunden im Tiefbau gelandet sind, dann ist das verschwindend gering. Das ist einfach nur Abkassieren. Das werden wir auf gar keinen Fall fortsetzen.

*Moderator Jan Hofer:*

Wir sind sehr gespannt. Die Erwartungshaltung ist groß. Sie haben einiges andeuten können und einiges auch schon konkretisieren können, wie zum Beispiel die Ist-Besteuerung. Wir lassen uns überraschen. Aber ich fürchte,

dass die neue Bundesregierung sich stärker als alle anderen an den Taten messen lassen müssen wird.

*Gudrun Kopp:*  
So ist es.

*Moderator Jan Hofer:*  
Herzlichen Dank!





*Cem Özdemir,  
Bundesvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen*

*Moderator Jan Hofer:*

Jetzt könnte ich sagen, dass es die Opposition leicht hat, weil sie nichts einhalten muss. Sie können alles fordern. Sie können alles versprechen. Ich begrüße den Oppositionspolitiker Cem Özdemir, der – so Herr Jörges - als Architekt der Jamaika-Koalition im Saarland gilt. Herzlich willkommen!

*Cem Özdemir:*

Herr Hofer, ich weiß nicht so richtig, ob ich jetzt sagen soll: Das ist der Kuss des Todes oder wie nennt man so was eigentlich? Erst einmal, Herr Schneider, Herr Loewenstein, meine Damen und Herren, herzlichen Dank für die Einladung. Ich freue mich, heute hier zu sein.

Das ist doch etwas zu viel der Ehre, Herr Jörges, die Sie mir da angetan haben. Das muss ich ein bisschen zurückrücken. Wir haben einen föderalen Staat mit 16 Bundesländern. Da ist es schlicht und ergreifend normal, dass sich Landesverbände auf der Grundlage dessen entscheiden, was für sie am besten ist. Das ist auch richtig so. Ich bin Bundesvorsitzender einer Partei und verteidige es, dass unsere Landesverbände das machen, wovon sie glauben, dass es für ihre Interessen am besten ist. Die Grünen im Saarland haben abgewogen und verhandelt.

Es geht immer um zwei Sachen bei Koalitionen. Erstens. Die Inhalte müssen stimmen. Die hätten vermutlich bei beiden Konstellationsmöglichkeiten gestimmt. Unsere Partei ist mit ihren 5,9 Prozent zwar klein, aber das Zünglein an der Waage. Wir wurden von beiden Seiten mit Angeboten überhäuft. Unser Job bestand im Prinzip darin, die Verhandlungsergebnisse der einen Seite zur anderen Seite zu bringen und zu sagen: Guckt mal, was die uns bieten. Was bietet Ihr uns?

Ich muss Ihnen sagen, dass ich mich schon etwas über Herrn Müller im Saarland gewundert habe. Er war zu vielem bereit. Es war einfach schwer, Nein zu sagen, wenn Herr Müller das grüne Programm abschreibt. Dass die FDP im Saarland jetzt auch für den Atomausstieg, gegen neue Kohlekraftwerke und gegen Studiengebühren ist, das finde ich klasse. Ich kann nur sagen: Schauen Sie sich die FDP im Saarland an, die machen gute Politik – dank der Grünen!



Wenn das so weitergeht, dann können wir auch über andere Sachen noch ins Gespräch kommen. Also vom Saarland lernen, heißt siegen lernen, in dem Fall für die CDU und für die FDP.

Die Inhalte sind nur das eine. Die andere Frage war in dem Fall ausschlaggebend. Man muss sich aufeinander verlassen können. Da gab es nicht so sehr ein Problem mit dem SPD-Vorsitzenden Maas, sondern mit der anderen Partei, die hier auch schon genannt wurde, nämlich mit der Partei von Herrn Lafontaine. Ich kann es noch irgendwie nachvollziehen, einmal den Vorsitz bei der SPD niederzulegen. Aber es war für unsere Leute ein bisschen zu viel des Zickzacks, ein zweites Mal den Fraktionsvorsitz im Bund niederzulegen und ins Saarland zu gehen. Die Linken sollen sich sortieren und feststellen, was sie wollen und mit wem sie es wollen. In dieser Zeit regieren wir das Saarland.

Meine Damen und Herren, ich bin Vorsitzender einer Partei, die am 19. Januar 2010 den 30. Jahrestag ihrer Grün-

dingung begehrt. Früher hieß es über die Grünen: Sie haben schon interessante Ideen und sagen manchmal auch vernünftige Dinge. Aber das können man sich nur leisten, wenn es der Wirtschaft gut gehe. Bei schwierigen Zeiten wie jetzt, wenn es um Arbeitsplätze gehen muss, dann passt es mit den Grünen nicht so richtig.

Ich glaube, dass wir längst über dieses Stadium hinweg sind. Ich will einige Zeugen zitieren, die für mich über jeden grünen Verdacht erhaben sind. Die Zeitschrift „Wirtschaftswoche“, sicherlich nicht gerade ein Blatt, das den Grünen immer sehr freundlich gesonnen ist, hatte im Mai 2009 als Titelblatt „Die Zukunft der Wirtschaft ist grün“. Dem kann ich nur zustimmen. Die „Financial Times Deutschland“, ebenfalls über jeden grünen Verdacht erhaben, hat bei der Europawahl eine in der Redaktion abgestimmte Wahlempfehlung für die Grünen abgegeben. Bei der Bundestageswahl gab es zwar eine Wahlempfehlung für die CDU, aber die Grünen lagen immerhin auf Platz 2. Die FDP fiel wegen ihrer Wirtschaftspolitik in der ersten Runde heraus – so die Meinung des Wirtschaftsblatts. Wir als Grüne wurden dagegen wegen unserer Wirtschaftspolitik empfohlen!

Der Kernunterschied zwischen uns und den anderen Parteien ist, dass wir uns nicht so sehr Partikularthemen zuwenden, sondern versuchen, das große Ganze zu sehen. In der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise käme keine Partei darum herum, bestimmte schwierige Entscheidungen treffen zu

müssen. Der Unterschied zu uns ist allerdings der folgende: Wir sagen, dass man die Wirtschafts- und die Finanzkrise nicht von der anderen großen Krisen, der ökologischen Krise und der Krise des Klimas, trennen kann. Wir haben das Ziel, die Veränderungen unseres Klimas auf diesem Planeten auf maximal zwei Grad Erwärmung zu beschränken. Auch wenn wir nicht wirklich wissen, was zwei Grad Klimaänderung praktisch bedeuten. Aber Wissenschaftler haben mir erklärt, dass das maximal verantwortbar ist, auch wenn sie nicht genau sagen können, welche konkreten Folgen es für unsere Landwirtschaft, unsere Forstwirtschaft und unsere Lebensbedingungen haben wird. Aber alles, was über diese zwei Grad hinausgeht, wäre geradezu katastrophal für unseren Planeten. Diese Krise kann man nicht von der Wirtschaftskrise trennen.

Als Grüner muss ich sagen, dass wir eine globale Krise haben. Bis zu einer Milliarde Menschen auf diesem Planeten wissen nicht, ob sie genug zu essen und gesundes Trinkwasser haben. Auch das hat etwas mit uns zu tun. Es hat auch etwas mit unserer Sicherheit zu tun, was man in Afghanistan und an vielen anderen Konfliktherden dieser Welt sehen kann. Darum brauchen wir nicht weniger, sondern mehr vernetztes Denken.

Ich will das an einem konkreten Beispiel deutlich machen, wo und wie sich grüne Politik von anderer Politik unterscheidet. Wir haben zurzeit viele Landwirte in der Milchwirtschaft, die

zu Recht gegen die Milchpreise protestieren, mit denen man keine Familie ernähren kann. Wir brauchen diese bäuerliche Landwirtschaft, die auch zum Gesicht der Republik gehört. Zugleich haben wir die Situation, dass diese Art der Bezahlung der Milchbauern dazu führt, dass wir riesige Milchseen und Butterberge bekommen. Während wir es nicht schaffen, die Milchbauern anständig für ihre Arbeit zu bezahlen und trotzdem eine geringere Milchproduktion zu erreichen, leistet sich die Europäische Union eine Agrarsubvention für Milch. Das heißt, wir verkaufen die Milch in die Dritte Welt



und zerstören dort die zum Teil intakten lokalen Märkte. Wir zerstören die Einnahmehasis von Milchbauern in Afrika beispielsweise mit unserer Milch, die teuer heruntersubventioniert wird, um sie dort zu verkaufen. Das Ergebnis: Dort machen wir Landwirtschaft kaputt und hier haben unsere Landwirte trotzdem nicht genug Geld, um ihre Betriebe aufrechtzuerhalten. Das ist eines der Beispiele, wo ich finde, dass es Sinn macht, Ökologie und Ökonomie nicht mehr als Gegensatz zu betrachten, sondern im Interesse von beidem zu betrachten. Wir als Grüne nennen es „Green New Deal“ in Anknüpfung an die erste Weltwirtschaftskrise, als die Amerikaner auf den „Green New Deal“, also auf Zukunftsinvestitionen, gesetzt haben.

Wir sind uns sicherlich alle einig, dass wir vor großen Herausforderungen stehen. Der Haushalt muss saniert werden. Wir müssen für Gerechtigkeit in der Gesellschaft sorgen. Wir müssen die ökologischen Herausforderungen annehmen. Wir müssen mehr Geld für Bildung und Forschung – da sind sich wahrscheinlich alle Parteien schnell einig – ausgeben.

In einer solchen Situation gehört zur Kunst der Politik auch, dass man das Wichtige von dem noch Wichtigeren unterscheidet – wenn man sich nicht alles gleichzeitig leisten kann. Hier fangen wahrscheinlich die Unterschiede zwischen den Parteien an. Ich gehe später noch darauf ein. Für Steuersenkungen auf Pump zu Lasten künftiger Generationen sehe ich

keinen Spielraum. Wenn es tatsächlich stimmt, dass die Bildungsfrage eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft ist, und dass der Klimaschutz über die Bedingungen des Lebens auf diesem Planeten entscheidet, dann sind das für mich in der Bundesrepublik Deutschland, in der Europäischen Union und global die Schwerpunkte. Für alles andere sehe ich zurzeit keine finanziellen Mittel.

Da meine Kollegin Frau Kopp von der FDP über die Altgebäudesanierung gesprochen hat, will ich kurz darauf eingehen. Die bisherige Bundesregierung hat mit den Konjunkturpaketen ungefähr 13 Prozent im grünen Sinne ausgegeben, also grüne Investitionen getätigt. Da ist aber schon die Abwrackprämie für Altautos mitgerechnet. Nur ist sie nach unserer Lesart ein Beispiel für das alte Denken. Fünf Milliarden Euro wurden in die Verschrottung von Autos investiert, die wahrscheinlich global gesehen nicht die schlechtesten Autos waren. Man hätte das Geld auch in Zukunftsmärkte wie beispielsweise in die Elektromobilität investieren können. Mit fünf Milliarden hätte man ein Anreizsystem für die Anschaffung von Elektromobilen schaffen und gleichzeitig in die Forschung von Elektromobilität investieren können, damit wir nach dem Hybridfahrzeug nicht auch noch bei der Elektromobilität global gesehen abgehängt werden. Unsere Konkurrenten in der Welt schlafen nicht. Die Amerikaner geben in ihrem Konjunkturpaket 71 Milliarden Dollar als sogenannte „Green Investments“ für intelligente Stromleitungen

und die Gebäudesanierung aus. Auch China macht Spannendes: Auf der einen Seite bauen sie nach wie vor alte ineffiziente Kohlekraftwerke, auf der anderen Seite geben sie 50 Prozent ihrer Konjunkturpakete gezielt für grüne Investitionen aus. Südkorea ist mit 80 Prozent mittlerweile Weltmeister bei der Begrünung der Wirtschaft.

Meine Sorge ist, dass die neue Bundesregierung in diesem Bereich die Marktführerschaft, die wir zurzeit noch haben, abgibt, während die Amerikaner künftig durch ihre durch Präsident Obama veranlassten Investitionen die Führung übernehmen.

Die Umwelttechnologien haben sich in einer Geschwindigkeit weiterentwickelt, wie es nicht einmal die größten grünen Optimisten erwartet hätten. Auch hier gibt es einen unverdächtigen

Kronzeugen, die Roland Berger Consultants. Ich darf zitieren: „Die deutsche Vorreiterrolle in der Welt stammt auch vom sogenannten First Mover Advantage. Das heißt zu deutsch: Wir haben nicht gewartet, sondern wir sind gesprungen.“ Ich zitiere weiter – diesmal nach Roland Berger: „Es ist auch das Ergebnis einer ambitionierten Umweltpolitik, die Innovation oftmals erzwungen hat.“ An diesem Punkt erinnere ich an die Debatten über die Ökosteuer, das erneuerbare Energiengesetz, die Einspeisevergütung und die Vorrangregelung. Alles musste hart erarbeitet und hart erkämpft werden. Aber es schafft heute Hunderttausende von Arbeitsplätzen, und es hat dazu beigetragen, dass 30 Prozent der globalen erneuerbaren Energien Made in Germany sind. Wir wollen nicht nur, dass es bei den 30 Prozent bleibt, sondern wir wollen sie gerne ausbauen. Die



Umwelttechnologien erwirtschaften heute in Deutschland acht Prozent des deutschen Inlandsproduktes. Wenn die Weichenstellungen richtig gesetzt werden, liegt das Potenzial laut Roland Berger Consultants bei bis zu 14 Prozent. Deutsche Unternehmen haben Weltmarktanteile von 6 bis 30 Prozent, je nachdem, in welchem Sektor sie sich bewegen. Insgesamt sind in dem Bereich der erneuerbaren Energien bis zu 300 000 Menschen in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt. Aber wenn man ehrlich ist, und ich bitte alle zur Ehrlichkeit, dann würde es das alles nicht geben, wenn wir nicht in den sieben Jahren rot-grüner Politik harte Entscheidungen und die Weichenstellungen in diese Richtung getroffen hätten.

Kurz zum Thema Atomenergie: Ich bin etwas skeptisch, wenn ich mich an die Bilder aus der Asse erinnere. Ich habe in der Schule gelernt, dass der Salzstock trocken ist, irgendwelche Fässer von den Männern mit schönen Anzügen hinein gefahren werden, diese aufeinander gestapelt werden und alles irgendwie sicher ist. Nach wenigen Jahrzehnten haben wir jetzt gesehen, dass dort ein Sturzbach durchfließt. Aber nicht nur das. Man musste auch die radioaktive Lauge für teures Geld abpumpen. Also das, was dort für wenige Jahrzehnte schon nicht funktioniert hat, sollte eine Million Jahre halten.

Ich halte es daher unter menschlichen Maßstäben für eine nicht beherrschbare Energie. Ganz abgesehen davon, dass kein deutsches Atomkraftwerk

gegen den Absturz eines Flugzeuges geschützt ist.

Das Gerede von der Brückentechnologie führt sich selber ad absurdum, wenn man sieht, dass die Verlängerung der Laufzeiten quasi völlig freigegeben wird. Damit bekommen wir nicht nur eine Verdoppelung des radioaktiven Mülls, für den wir bereits heute keine Lösung haben. Sondern das führt dazu, dass wir im Grundlastbereich zunehmend in eine Verstopfung gehen. Denn parallel dazu sollen neue Kohlekraftwerke gebaut werden. Die Laufzeit von Atomkraftwerken wird verlängert. Wir haben bereits jetzt die Situation, dass sich aufgrund der Vorrangregelung die erneuerbare Energie quasi im Netz staut, weil wir eher zu viel als zu wenig Energie haben. Glauben Sie daher nicht denen, die von Stromlücken reden. Im Jahr 2007 waren gleichzeitig 17 Atomkraftwerke abgeschaltet – übrigens aufgrund von Störfällen. Parallel haben wir Strom in unsere Nachbarländer verkauft. Es stimmt schlicht und ergreifend nicht, dass wir eine Stromlücke haben.

Auch bei den Kosten kann sich die Bilanz der erneuerbaren Energie durchaus sehen lassen. Innerhalb von einigen Jahren war die Marktfähigkeit gegeben. Dabei sind nach offiziellen Angaben 40 Milliarden Euro an Subventionen in die Atomindustrie geflossen. Laut Greenpeace wurden nur 160 Millionen in die Erneuerbaren Energien investiert. Hätte man hier mehr gemacht, würden wir heute sicherlich anders dastehen.

Da ich heute bei Ihrem Bauwirtschaftstag bin, will ich kurz auf die Gebäudesanierung eingehen. Es ist ein wichtiges Thema, das auch über die Zukunftsfähigkeit entscheidet, und es ist ein schönes Beispiel dafür, wie Ökonomie und Ökologie sehr gut zusammen harmonieren können. Ich stelle mir vor, dass wir uns künftig bei der Auswahl des Tagungszentrums fragen, wie viel CO<sub>2</sub>-Ausstoß ein Hotel hat. Das heißt, dass jedes Gebäude im Prinzip eine Ökobilanz braucht. So könnte man am Eingang sehen, wie viel CO<sub>2</sub>-Ausstoß hier entsteht und wie viel erneuerbare Energien eingesetzt werden.

Hier ist Ihre Branche gefragt. Wir haben ca. 40 Millionen beheizte Wohnungen in Deutschland. Davon sind 75 Prozent älter als 25 Jahre. Wir haben somit einen riesigen Markt für Gebäudesanierungen. Wir müssen dringend rechtliche Voraussetzungen schaffen, dass Mieter und Vermieter gleichermaßen von Investitionen in die Sanierung profitieren. Praktisch liegt der Wärmeverbrauch in Gebäuden heute um den Faktor zehn über dem, was heute Stand der Technik wäre. Wenn wir mit dem bisherigen Sanierungstempo bei Gebäuden so weitermachen, dann brauchen wir ungefähr 100 Jahre, bis alle Gebäude in Deutschland ökologisch und klimatechnisch saniert sind. Sie werden mir zustimmen, dass das zu lang ist und dass wir so viel Zeit auch im Interesse unseres Klimas nicht haben. Profitieren würde das Klima, die Verbraucher, weil die Heizkosten reduziert werden, und die Wirtschaft durch die Schaffung von zehntausend



Arbeitsplätzen im Baugewerbe, im Handwerk, aber auch im Bereich der erneuerbaren Energien. Ich will gerne hinzufügen, dass es Tanja Gönner von der CDU war, die in meinem Bundesland Baden-Württemberg ein solches Wärmegegesetz gemacht hat. Ich wünsche mir, dass andere Bundesländer nicht nur dem Beispiel folgen, sondern dass auch der Bund diesem Beispiel folgt.

Noch einige Sätze zur Haushaltspolitik: die Situation ist dramatischer, als wir es uns alle vorstellen. Auch ohne die geplante Steuerreform muss der Bund nach der aktuellen Finanzplanung bis zum Jahr 2013 Schulden im Umfang von 300 Milliarden Euro machen. Wenn man dann noch die verdeckten Schulden in Schattenhaushalten dazu rechnet, kommt man auf 455 Milliarden Euro. Darum muss alles, was künftig versprochen wird, auf den Prüfstand kommen und zwar auch unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit.

Ich komme zu einem der wichtigsten Themen, das über die Zukunft des

Standortes Deutschlands entscheidet. Es ist die Bildung. Wer über die Zukunft Deutschlands redet, muss über Bildung reden. Wir leben in einer wissensbasierten Gesellschaft und sind in besonderer Weise darauf angewiesen, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland die besten Schulen, Universitäten, Kindergärten und Ausbildungsbetriebe der Welt haben. Denn über eines sind wir uns sicherlich einig: Wir werden bei den Arbeitskosten nicht mit der Volksrepublik China konkurrieren können. Aber wir können es schaffen, dass die modernsten, innovativsten, umweltfreundlichsten Produkte der Welt in Deutschland erforscht, hergestellt und erfunden werden.

Dafür muss die Unterfinanzierung der Bildung geändert werden. Daher ist es ein kapitaler Fehler der Großen Koalition gewesen, dass sie die Bildungskompetenz in der Föderalismusreform I vollständig auf die Länder abgegeben hat, denn diese sind mit dieser Aufgabe alleine überfordert. Wir brauchen den Bund beim Ausbau von Ganztageschulen. Wir brauchen den Bund bei der Koordination der Bildung. In einem Land von der Bedeutung Deutschlands muss der Bund in der Bildungspolitik nicht nur ein Mitspracherecht haben, er muss sie mitfinanzieren, weil wir sonst die Aufgaben künftig nicht mehr werden erfüllen können.

Es muss uns alle besorgt machen, dass von 100 Akademikerkindern 83 den Hochschulzugang schaffen, aber nur 23 Kinder aus Arbeiterfamilien. Die Zahl ist erschreckend, und mit Blick

auf die Zukunft können wir sie uns nicht mehr leisten. Darum brauchen wir in unserer Gesellschaft bessere Bildungschancen, nicht nur die Kinder von Migrantinnen und Migranten. Auch deutsche Kinder aus Arbeiterfamilien müssen dringend besser, früher und länger gefördert werden. Die Zahlen über die Sprachstandsmessungen bei deutschen Kindern gerade hier in Berlin sind ein Skandal. Bis zu einem Fünftel unserer Jugendlichen verlassen die Schulen quasi als funktionale Analphabeten. Funktionale Analphabeten heißt, dass ihre Lese-, Schreib- und Mathematikkompetenz nicht den Basisqualifikationen entspricht, die man heute in unserer Gesellschaft braucht. Das hat für mich auch etwas mit wirtschaftsfreundlicher Politik zu tun. Wir brauchen junge Menschen, die in den Betrieben eingesetzt werden können, die eine Anleitung lesen können und die sich weiterbilden können. Für letzteres müssen in der Schule die Grundlagen gelegt werden. Wer sagt, dass gute Bildung zu teuer ist, dem kann ich nur raten, dass er es einmal mit Dummheit probieren kann. Ich glaube nicht, dass er da besser fahren wird.

Ich komme zum Schluss. Herr Jörges hat darüber gesprochen, dass wir uns in einem Fünf-Parteien-System bewegen. Ein Fünf-Parteien-System erfordert nicht nur von den Wählerinnen und Wähler mehr Flexibilität, und ich meine damit das taktische Wählen mit der Erst- und Zweitstimme. Dieses System erfordert auch von uns Parteien mehr Flexibilität. Darum halte ich es für wichtig, dass die Parteien vor den

Wahlen sagen, wie ihr Programm lautet, was ihre Inhalte sind und für welche Kernpunkte sie auch nach der Wahl eintreten werden. In dieser Zeit können Parteien aber nicht mehr sagen, mit wem sie alles nicht koalieren wollen. Dann werden wir bald Zustände haben, dass keine Regierung mehr bildbar ist. Das heißt, wir brauchen mehr Flexibilität, die nicht mit Beliebigkeit verwechselt werden darf. Es ist wichtig, dass das Profil von Parteien klar herausgearbeitet wird, um sich auf dieser Grundlage zusammensetzen und zu schauen, wie man tragfähige Ergebnisse finden kann und wie man gemeinsam Politik machen kann. Ich hoffe, ich konnte ein wenig dazu beitragen, dass Sie wissen, wofür meine Partei Bündnis 90/Die Grünen steht.

*Moderator Jan Hofer:*

Nachdem Sie Frau Kopp von der FDP und Frau Gönner von der CDU so gelobt haben und vorher gesagt haben, dass alles auch über Sympathien geht, steht nach der nächsten Wahl auch einer Jamaika-Koalition im Bund nichts mehr im Wege?

*Cem Özdemir:*

Wie bereits zuvor gesagt: wenn sich die CDU/CSU und die FDP im Bund



einmal anschauen, was die Saarländer alles vereinbart haben, kann ich nur dazu einladen. Es lohnt sich. Aber ich glaube, das wird im Bund schwierig werden.

*Moderator Jan Hofer:*

Wir haben heute die Frage des demografischen Wandels noch nicht besprochen. Viele Mittelständler leiden heute bereits darunter, dass sie keine naturwissenschaftlich ausgebildeten Mitarbeiter mehr finden. Es fehlen in Deutschland trotz der Wirtschaftskrise immer noch 20 000 Ingenieure. Thilo Sarrazin, der ehemalige Finanzsenator in Berlin und heutige Bundesbankvorstand, hat den Finger zwar nicht mit den richtigen Worten, aber vielleicht doch mit dem richtigen Hinweis in die Wunde gelegt. Würden Sie dem zustimmen, was er gesagt hat?

*Cem Özdemir:*

Nein, das würde ich nicht. Man kann über das Interview sagen, was man will. Aber es ist ein Schlüsselsatz enthalten, der für mich eine „No-Go-Area“ betritt, die schlicht nicht geht. Man kann bestimmte Volksgruppen nicht einteilen und sagen: die Türken sind so und die Araber sind so und die Juden sind so. So ein Satz geht einfach nicht, nicht nur nicht in Deutschland, auch anderswo nicht. Wenn Sarrazin sagt, wir müssen schauen, wie wir mehr und bessere Bildungsabschlüsse bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund erreichen, hat er mich auf seiner Seite. Übrigens, wenn wir uns die Zahlen von Schulüberweisungen auf Sonderschulen bei italienischstämmigen Kindern anschauen, müssen wir feststellen, dass sie noch höher als bei türkischstämmigen sind. Soweit mir bekannt ist, sind die wenigsten Italiener Muslime - es sei denn, es hätte sich, während wir hier im Raum sind, Dramatisches in Italien verändert. Bei Berlusconi weiß man nie, vielleicht ist er ja wegen Polygamie schon zum Islam konvertiert. Zuzutrauen wäre ihm auch das.

Ich finde es bemerkenswert, dass sich gerade die jüdische Gemeinde sofort dagegen verwahrt hat. Die kommt indirekt zwar gut weg, aber sie wollen weder besser noch schlechter behandelt werden. Sie wollen gleich behandelt werden. Über Probleme muss man reden, aber nicht in dieser plakativen Weise. Was wir brauchen, sind Lösungen. Auch bei der Bildung. In einem Satz: Wir brauchen die Kinder früher. Das Stichpunkt lautet frühkindliche

Betreuung. Als Grüner fällt mir kein Zacken aus der Krone, wenn ich Frau von der Leyen zustimme, dass wir einen Ausbau von Kindergärten brauchen. Wir haben in Deutschland viel zu lange damit gewartet. Wir brauchen Ganztageschulen, damit kein Kind ohne gemachte Hausaufgaben die Schule verlässt.

*Moderator Jan Hofer:*

Viele der hier anwesenden Unternehmer kennen das Problem mit nichtausbildungsfähigen Jugendlichen. Mit dem demografischen Wandel wird es immer weniger junge Leute geben, die eine Ausbildung machen wollen. Die wirklich intellektuell Begabten werden vermutlich lieber in die Industrie gehen oder in die wirtschaftlich besser gestellten Regionen abwandern, als sich in den Mittelstand zu begeben. Würden Sie dem zustimmen, dass wir eine qualifizierte Zuwanderung brauchen?

*Cem Özdemir:*

Wir brauchen eine qualifizierte Zuwanderung. Im letzten Jahr hatten wir eine Zuwanderung von weniger als 200 Menschen, die aufgrund der derzeitigen Einwanderungsmöglichkeiten gekommen sind. Das ist im Vergleich zur Abwanderung von Hochqualifizierten, auch von Migranten, eine dramatische Zahl. Das muss uns alarmieren. Wir brauchen eine Zuwanderung, aber sie löst unser Problem nicht. Es wäre höchstens kurzfristig eine Erleichterung. Wir müssen unser Problem in Deutschland lösen, indem wir unsere Kinder besser ausbilden und mehr aus ihnen herausholen. Wie viele Einsteins

gehen dieser Gesellschaft verloren, weil ihr Talent nicht ausgeschöpft wird, weil sie nicht durch ein bildungsaffines Elternhaus unterstützt werden, weil sich die Schule auf die Kinder nicht richtig eingestellt hat? Die Schuldfrage interessiert mich nur sekundär. Als Erzieher und Sozialpädagoge denke ich vom Jugendlichen und vom Kind her. Hier müssen wir künftig besser werden. Wir brauchen eine kinderfreundliche Politik.

*Moderator Jan Hofer:*

Wenn Sie heute die Kinderfreundlichkeit durch diverse Anstrengungen erhöhen, wird das frühestens in 20 Jahren zum Tragen kommen.

*Cem Özdemir:*

Das ist richtig. Deshalb müssen wir auch aufhören, Politik in Vier-Jahres-Zyklen zu machen. Meine Partei plädiert sehr stark dafür, dass wir das Morgen und das Übermorgen auch im Blick haben. Aber das ist nicht immer einfach.

*Moderator Jan Hofer:*

Wenn Sie das bewerten, was aus den verschlossenen Türen der Koalitionsverhandlungen durchsickert: Was macht Ihnen am meisten Freude und was macht Ihnen am wenigsten Spaß?

*Cem Özdemir:*

Sie fragen einen Parteimenschen. Aber wenn Sie den Bundesbürger Cem Özdemir fragen: Ich fände es klasse, wenn der CDU-Integrationsminister in Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, ein vergleichbares Ministerium in der

Bundesregierung bekommen würde, vielleicht noch in Verbindung mit der Generationsthematik und Bildung. Aber ich glaube, es bleibt ein frommer Wunsch. Denn die Bundesregierung wird mir diesen Gefallen nicht tun oder die Schwierigkeit nicht bereiten, dass ich dann jemanden kritisieren müsste, der ein Freund von mir ist. Das wird mir vermutlich erspart bleiben.

*Moderator Jan Hofer:*

Es gibt also Freunde in der Politik?

*Cem Özdemir:*

Natürlich gibt es sie. Warum soll es sie nicht geben? Es wäre schlimm, wenn das anders wäre, wenn man seine Freundschaften ausschließlich nach Parteibuch aussuchen würde. Ich glaube, das entspricht auch nicht der Lebensrealität von vielen, die hier im Raum sitzen. Ich nehme an, dass der eine oder andere auch einen Grünen kennt. Das soll in den besten Familien vorkommen. Bei mir ist das andersrum übrigens auch so. Ich kenne auch Unternehmer, ich kenne auch CDUler, ich kenne sogar einen FDPler.

*Moderator Jan Hofer:*

Herzlichen Dank!

*Cem Özdemir:*

Ich danke Ihnen.



*Dr. Hans-Peter Friedrich MdB,  
Stellvertretender Vorsitzender  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion*

**Jan Hofer:**

Als Letzten in der Runde der Parteivertreter möchte ich Dr. Hans-Peter Friedrich sehr herzlich begrüßen. Er ist stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und für die Bereiche Verkehr, Bau, Stadtentwicklung, Tourismus und Kommunalpolitik zuständig. Er weiß somit, was die Bauwirtschaft betrifft. Herzlich willkommen!

**Dr. Hans-Peter Friedrich:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als letzter Redner mit vielen Vorrednern habe ich mir vieles notiert. Aber ich denke, dass es mir nicht vergönnt sein wird, auf alles noch zu

antworten, was hier zuvor gesprochen und auch an Behauptungen in die Welt gesetzt worden ist.

Nachdem Sie Frau Kopp gehört haben, wissen Sie, warum wir Wirtschaftspolitiker glücklich sind, endlich mit der FDP koalieren zu können. Denn alles, was sie gesagt hat, kann ich unterstreichen. Bei Ihnen, lieber Herr Özdemir, müssen wir noch ein bisschen nacharbeiten, aber ich verstehe die Saarländer. Und wer weiß, was alles noch in den nächsten Jahrzehnten in diesem Land passiert.

In einem muss ich Herrn Jörges widersprechen. Es gibt eine strukturelle bürgerliche schwarz-gelbe Mehrheit in diesem Land.

Lieber Herr Schneider, lieber Herr Dr. Loewenstein, ich mich freue, dass Sie diesen Kongress hier machen. Ich bin seit vielen Jahren, seit Beginn meiner politischen Tätigkeit immer ein leidenschaftlicher Mittelstandspolitiker und bin auch im Parlamentskreis Mittelstand aktiv. Eines der großen Probleme, die man immer in der Mittelstandspolitik hat, sind, wie Sie selbst geschrieben haben, die vielen Interessen. Eine Stimme muss her! Alle Verbände, die hier dabei sind, waren in allen Jahren wichtige Ansprechpartner für mich. Ich freue mich, dass Sie sich entschlossen haben, gemeinsam in dieser Form aufzutreten. Ich möchte Sie bitten und spreche auch für die Kollegen der FDP, dass sie uns als Ansprechpartner, Ratgeber und Dialogpartner zur Verfügung stehen, um gemeinsam in den nächsten vier Jahren Mittelstandspolitik zu gestalten.

Als bürgerliche Mehrheit in diesem Lande haben wir einen klaren Auftrag, das Potenzial, das in diesem Volk und in dieser Volkswirtschaft steckt, zu wecken. Unsere gemeinsame Grundeinstellung als Union und FDP ist es, den Menschen mehr Freiraum und Freiheit zu geben sowie weniger Bürokratie, Auflagen und Abgaben zu geben. Das sind die Zielrichtung und das gemeinsame Verständnis, auch wenn bei den Koalitionsverhandlungen hier und da Schwierigkeiten auftreten. Alles andere wäre auch nicht normal, schließlich sind es drei Parteien. Auch hier widerspreche ich Herrn Jörges. Das Problem mit den Sozialdemokraten war, dass wir gegen ihre Wünsche nach mehr Staat, nach mehr kollektiven Ansätzen und mehr Funktionärswesen gegenhalten mussten. Diese Probleme haben wir mit der FDP nicht mehr und deswegen freuen wir Wirtschaftspolitiker der Union uns, jetzt mit der FDP zusammen regieren zu können. Aber wir wissen, dass es in diesen vier Jahren wichtige und große Herausforderungen gibt. Die meisten sind bereits angesprochen worden.

Was häufig vergessen wird, ist, dass wir immer noch mitten in der Krise sind. Schauen Sie sich die Zahlen zur Kurzarbeit an, die wir in Deutschland haben. Der Winter liegt vor uns und wir wissen nicht, wie die Arbeitslosenzahlen im Frühjahr aussehen. Wir haben zwar die Hoffnung, dass sich alles nicht so schlimm darstellen wird, wie es zwischenzeitlich befürchtet wurde. Aber es ist unsere Aufgabe, schnell Wachstumsimpulse zu geben, um mit

diesem Wachstum aus der Krise herauszukommen.

Die zweite Herausforderung ist der Demografiewandel. Es ist nicht nur ein Ost-West-Problem, dass es im Osten Leerstände und in den Ballungsgebieten Wohnraumknappheit gibt. Wir haben demografische Probleme in den Sozialversicherungssystemen. Aus diesen Gründen haben wir als Föderalismuskommission die Schuldenbremse ins Grundgesetz geschrieben. Wir haben Keynes und seine lasche Möglichkeit beendet, das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht für gestört erklären zu können, um künftig weiter Schulden machen zu können. Keynes ist aus dem Grundgesetz und damit der Sündenfall der Großen Koalition aus den 60er-Jahren gestrichen. Natürlich bereitet das der neuen Koalition einige Schwierigkeiten, weil das Korsett viel enger wird und weil neue Schulden begründet und mit einem Tilgungsplan versehen werden müssen. Das war beabsichtigt und ist auch im Hinblick auf die demografische Entwicklung richtig. Die immer weniger werdenden jungen Leute müssen mit immer mehr Schulden nicht nur in absoluten Zahlen, sondern auch pro Kopf leben. Es ist daher auch eine Frage der Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen, die Schuldenbremse einzuführen und konsequent umzusetzen.

Die dritte Herausforderung ist die Bildung. Ich kann dem, was Cem Özdemir hier gesagt hat, nichts hinzufügen. Unser Land braucht Bildung, Forschung und Innovation.

Der vierte Punkt ist die Funktion Deutschlands als Motor der europäischen Einigung, die manchmal ein wenig vergessen wird. Unsere Volkswirtschaft profitiert von dieser europäischen Einigung am allermeisten. Wir müssen den Bürokraten in Brüssel klarmachen, dass wir ein Europa der Subsidiarität wollen, bei dem Entscheidungen auf den unteren Ebenen des Staates und der Staatengemeinschaft getroffen werden sollten. Hier müssen wir nacharbeiten.

Meine Damen und Herren, wir arbeiten an einem Koalitionsvertrag, der am nächsten Montagabend unterschrieben werden soll. Ich hoffe, dass sich das einhalten lässt. Aber wir haben ein gemeinsames Grundverständnis. Unser großes Problem sind die leeren Kassen, die uns natürlich Grenzen setzen. Ich hoffe, dass es uns mit einer Wachstumspolitik und guten Impulsen gelinkt, das Potenzial dieser Volkswirt-

schaft zu wecken und vielleicht später noch mehr umzusetzen, als zunächst im Koalitionsvertrag stehen wird. Alle Beteiligten werden in der Lage sein, neue Programme sofort aus dem Ärmel zu schütteln, wenn plötzlich mehr Geld da sein sollte. Das gilt auch für den Bau- und Verkehrsbereich, auf den ich konkreter eingehen will.

Wir sehen mit den Kollegen der FDP zusammen dafür gerungen, die Investitionen im Verkehrsbereich auf möglichst hohem Niveau aufrechtzuerhalten. Schon durch das Konjunkturpaket hatten wir einen Zuschlag. Aber wir müssen unsere Kollegen in den anderen Arbeitsgruppen davon überzeugen, dass wir mit Investitionen in Verkehrsinfrastruktur das Potenzial dieser Volkswirtschaft steigern.

Wir haben eine wichtige ordnungspolitische Weichenstellung vor. Wir wollen mit unklaren Quersubventionierungen und Transfers aufhören und klare Finanzierungskreisläufe einführen. Wir wollen ordnungspolitische Klarheit und Transparenz, also finanziert die Straße die Straße und die Schiene die Schiene.

Herr Hofer, bevor Sie den Verdacht haben, dass wir die Pkw-Maut einführen wollen: Wir wollen es nicht. Das bedeutet keine Benachteiligung der Schiene. Wir wollen auch im Schienenbereich, dass die Trassenerlöse in die Schieneninfrastruktur reinvestiert werden. Alle Fraktionen haben deshalb gegen einen Börsengang der Infrastruktur gekämpft. Monopole dürfen nicht privati-





siert werden. Wir wollen zusammen mit der FDP den Kurs der Privatisierung bei den Betriebsgesellschaften der DB AG weiter gehen. Es gibt hier einen klaren Konsens. Es soll keine Zerschlagung und keinen Ausverkauf geben, sondern es wird mit Augenmaß, Vernunft und auch – das sage ich ausdrücklich dazu – in Verantwortung für die Beschäftigten der Deutschen Bahn AG gehandelt.

Ich habe die Bahnreform seit Anfang der 90er-Jahre bis heute mitbegleitet und weiß, welche Rosskur die Beschäftigten in diesem Unternehmen hinter sich haben. Sie haben sehr viel an Veränderungen auf sich nehmen müssen, die die Gewerkschaften mitgetragen haben. Diesem Miteinander aus mutiger Reform, aus dem Mitmachen der Gewerkschaften und aus der Einsichtsfähigkeit der Beschäftigten ist es zu verdanken, dass die Deutsche Bahn AG heute so stabil und so stark dasteht.

Wir sollten gemeinsam auch auf diese Leistung stolz sein, die eine Volkswirtschaft des Konsenses im fairen Miteinander erbringen kann. Wir halten



deswegen an diesem Kurs fest, um zusammen mit allen Beteiligten eine gute Lösung für die Zukunft zu finden.

Beim Thema Verkehr will ich PPP ansprechen, denn es waren wichtige Projekte, die wir so umgesetzt haben: beispielsweise die Autobahnen A8 und A5. Weitere Projekte sind in der Planung. Hier muss eine Mittelstandorientierung her. Es ist nicht nur eine Frage der Losgrößen, es ist auch eine Frage des Finanzierungsrisikos, damit Mittelständler in diesen Bereich einsteigen können. Für uns gilt: Wenn wir PPP weiter entwickeln, müssen wir es

mittelstandsfreundlich tun. Da bitte ich Sie in den nächsten Jahren um Ihre beratende Unterstützung.

Baupolitik, demografischer Wandel, sozialer Wandel, Klimawandel, Stadt-Land-Problematik, Strukturwandel in der Wirtschaft – all das schlägt sich natürlich auch bei der Entwicklung unserer Städte nieder. Die Grundsatzfrage lautet, was der Staat bei der Stadtentwicklung und im Wohnungsbau leisten muss.

Es gibt Leute, die sagen: Wenn die Wohnungen in Ballungsgebieten knapp und teuer werden, müssen die Leute aufs Land, wo die Wohnungen leer stehen. Dieser Ansatz ist für mich fern jeder Realität. Für mich hat der Staat den Auftrag, diesen Strukturwandel zu begleiten.

In diesem Zusammenhang ist für mich wichtig, dass der ländliche Raum ein eigenes wichtiges Potenzial für diese Gesellschaft hat und nicht nur als minderwertige Reserve für die Ballungsgebiete angesehen wird. Ich bin der Überzeugung, dass wir im ländlichen Raum eine gesellschaftliche Stabilität vorfinden, die die Ballungsgebiete nicht annähernd erreichen können. Der ländliche Raum muss als eigenständiger Wert erkannt und gefördert werden. Wir müssen den Kommunen und Städten fernab der Ballungsgebiete helfen, sich auf diese neuen demografischen Gegebenheiten einzurichten. Deshalb wollen wir die Stadtumbauprogramme weiterführen, die in den letzten Jahren erfolgreich aufgelegt wurden. Der Stadtumbau Ost hat den neuen Ländern sehr viel Gutes gebracht und soll weitergeführt werden. Im Koali-



tionsvertrag wollen wir darauf hinweisen, dass dieser Aufbau Ost auch einen Altschuldenaspekt hat. Ohne die Berücksichtigung der Altschulden, die auf vielen leerstehenden Mietshäusern lasten, ist das Problem des Wohnungsbaus in den neuen Ländern nicht zu lösen.

Der Stadtumbau West hat nach meinen Beobachtungen einen wichtigen Fortschritt genommen. Ich komme selbst aus einer solchen Region. Mein Wahlkreis ist Hof im Norden Bayerns an der Grenze zu Tschechien, Sachsen und Thüringen, wo uns die Porzellan- und Textilindustrie weggebrochen ist. Hier habe ich gesehen, dass es sich lohnt, dieses Programm fortzusetzen. Es hat dazu geführt, dass die Bürgermeister in den betroffenen Städten und kleineren Gemeinden, die vom Strukturwandel hart betroffen sind, über die Stadtgrenzen hinaus zusammenarbeiten. Gemeinsam werden Konzepte für Regionen entwickelt.

Das Planungsrecht ist eines der wichtigsten Themen der Entbürokratisierung. Das eine oder andere ist bereits passiert. Es wird leider nicht so richtig registriert. Denn wenn etwas weggefallen ist, bemerkt man es nicht mehr. Entbürokratisierung bedeutet, dass bestimmte Ermessensspielräume eingeführt werden müssen, damit es einfacher und klarer wird. Aber manches ist dann nicht mehr einklagbar und an-



greifbar. Das ist die Kehrseite von Vereinfachung und Entbürokratisierung. Hier stehen wir bei den Genehmigungs- und Planungsverfahren vor wichtigen Fragestellungen und suchen bei den Änderungen des Baugesetzbuches den Dialog mit Ihnen, die an der Front sind. Das gilt auch für die Baunutzungsverordnung.

CDU, CSU und FDP sind die Parteien des Eigentums. Deswegen ist die Frage der Schaffung von Eigentum, gerade von Wohneigentum für uns wichtig. Menschen finden eine andere psychologische Situation vor, wenn sie in ihren eigenen vier Wänden, egal ob Wohnung oder Häuschen, wohnen. Sie gehen mit einer ganz anderen Erwartung und auch psychologischen Ausgangssituation an ihren Alltag heran und auch eines Tages ihrem Alter entgegen. Deshalb ist die Schaffung von Wohneigentum und die Erhöhung der Eigentumsquote ein wichtiges Thema. Wir hatten in der letzten Wahlperiode



flation war an der Zeit, auch damit die Schwellenhaushalte eine Chance auf diese Wohnbauförderung bekommen. Unter Finanzierungsvorbehalt steht die CSU-Forderung zur Einführung eines Baukindergeldes. Es gibt dazu einen fertigen Gesetzentwurf aus Bayern, der 1.200 Euro pro Kind für zehn Jahre vorsieht. Die Umsetzung wird schwierig, aber ich hoffe, wir bekommen irgendwann Luft im Haushalt. Wir werden diese Kombination aus Wohnraumförderung und Familienförderung im Auge behalten.

Der Wohnungsneubau in Ballungsgebieten bleibt ein wichtiges Thema. Wir haben uns fest vorgenommen, die Abschreibungssätze zu verbessern. Auch Ihr Vorschlag für eine degressive AfA mit einer ordentlichen Anschubfinanzierung von vier bis fünf Prozent über acht Jahre war ein Diskussionspunkt in der Arbeitsgruppe. Aber auch hier stoßen wir an die Grenzen der Finanzierbarkeit. Es wird sich aber im Bereich der AfA etwas tun. Auch die Finanzpolitiker haben in dieser Hinsicht schon die ersten Zeichen gegeben. Es wird keine degressive AfA, aber möglicherweise eine Erhöhung der linearen AfA geben. Ich hoffe, dass am Ende etwas Gutes herauskommt.

schon versucht, die Riesterförderung teilweise in den Bereich der Eigentumsförderung zu übertragen. Das ist unzureichend gelungen. Wenn Menschen hören, dass sie für die geförderte Wohnung später einmal Steuern bezahlen müssen, verunsichert das. Hier besteht Vereinfachungsbedarf.

Zum großen Ärger der Haushalts- und Finanzpolitiker haben wir uns bei den Koalitionsverhandlungen geeinigt, die Einkommensgrenzen für die Wohnbauprämien von 25.000/50.000 auf 35.000/70.000 zu erhöhen. Diese Anpassung auch als Ausgleich für die In-

Auf drängenden Wunsch vieler Ministerpräsidenten haben wir in der Föderalismuskommission I die Wohnraumförderung auf die Länder übertragen. Wir haben nicht nur die Kompetenz übertragen, sondern wir haben auch das Geld mit übertragen und zwar zweckgebunden bis 2013. Wir hätten es

am liebsten, wenn es auch darüber hinaus zweckgebunden wäre. Zu diesem Thema müssen wir mit den Ländern in das Gespräch kommen.

Bei der Sanierung wollen wir die Quoten steigern. Es ist ein ehrgeiziges Ziel. Hier gibt es viel Bürokratie und viele Auflagen. Wir werden sehen, was sich machen lässt, um dem Ziel Quotensteigerung bei der Sanierung entgegenzukommen. Was wir in jedem Fall wollen, ist die Förderfähigkeit beim Ersatzbau für den Altbau.

Das Mietrecht spielt eine große Rolle. Es geht uns nicht um ideologische Auseinandersetzungen, die die SPD immer fürchtete. Es soll niemand über den Tisch gezogen oder benachteiligt werden. Bei der Wärmesanieierung können alle – Mieter, Vermieter und die Umwelt – nur gewinnen, wenn ein fairer Ausgleich zwischen Mieter und Vermieter geschaffen wird. Zusammen mit den Rechtspolitikern werden wir eine vernünftige Lösung im Mietrecht auf den Weg bringen. Wir werden zumindest die Duldungspflicht für Sanierungen erreichen. Heute kann hier noch eine Mietminderung geltend gemacht werden.

Die Energieeinsparverordnung 2009 ist verabschiedet. Wir werden uns anschauen, wie sie wirkt und sie ggf. weiterentwickeln, auch mit der Erkenntnis, dass der Hauseigentümer nicht überfordert werden darf. Alles, was man ihm abverlangt, muss wirtschaftlich sein. Wenn er investieren soll, muss es auch wieder zurückfließen. Das ist ein

Gesichtspunkt, der bei der Weiterentwicklung eine große Rolle spielen wird. Auch hier ist der Dialog mit Ihren Verbänden wichtig, da Sie genau sehen, wie die Leute auf welche Vorschriften reagieren.

Zum Vergaberecht: Wir wollen es transparenter machen. Aber es ist gar nicht so einfach. Ich hatte im Frühjahr das Vergnügen, mich monatelang mit Juristen auseinandersetzen zu müssen. Für Juristen existiert das Wort Liquidität nicht. Sie kennen nur eine Forderung, die besteht oder nicht besteht. Die betriebswirtschaftliche Liquidität ist schlicht unter den Tisch gefallen. Wir wollten wirklich ein Gesetz auf den Weg bringen, das die ungleichen Kräfteverhältnisse zwischen kleinen Handwerkern und großen Generalunternehmern ausgleicht. Aber es hat am Ende dazu geführt, dass wir fünf Milliarden Liquiditätsentzug in der Wirtschaft haben. Das ist schon unter normalen Umständen untragbar und muss in einer Krise wie jetzt dringend behoben und verändert werden. In diesem Sinne werden wir dieses Thema noch einmal



aufgreifen und hoffen, dass wir eine einheitliche Lösung für alle Betroffenen erreichen werden.

Sie sehen, wir haben uns viel vorgenommen. Entgegen der Meinung von Herrn Jörges wird über den einzelnen Kapitels des Koalitionsvertrages der Begriff „Neuanfang“ stehen – auch zu Recht. Das ist unser Anspruch, das werden wir umsetzen. Vielen Dank.

*Moderator Jan Hofer:*

Wenn ich das richtig verstanden habe, Herr Friedrich, haben Sie sich viel vorgenommen, aber es ist kein Geld da.

*Dr. Hans-Peter Friedrich:*

Das ist eine gute Zusammenfassung. Aber man kann unterhalb der Finanzen das eine oder andere auf den Weg

bringen, was kein Geld kostet und auch Geld spart.

*Moderator Jan Hofer:*

In der letzten Legislaturperiode ist die VOB (A), die Vergabe- und Vertragsordnung im Baugewerbe bereits beraten worden. Wird sie nun umgesetzt?

*Dr. Hans-Peter Friedrich:*

Die VOB müsste am 15. Oktober 2009 veröffentlicht worden sein und soll in Kraft treten. Das ist der momentane Stand. Ich weiß, dass es hier eine große Erwartungshaltung gibt. Aber in den Koalitionsverhandlungen werden momentan neue Aspekte beraten. Im günstigsten Fall werden alle Änderungen einschließlich des Vergaberechts gleichzeitig umgesetzt. Falls wir das nicht hinkriegen, ist es sinnvoll, die VOB (A) isoliert vorab umzusetzen.



*Moderator Jan Hofer:*

Vollkommen unverständlich ist für viele die Unterschiedlichkeit der Mehrwertsteuersätze. Gibt es Spielraum für die Senkung der Mehrwertsteuer im gewerblichen Bereich, im Baubereich?

*Dr. Hans-Peter Friedrich:*

Bei der Mehrwertsteuer gibt es eine Fülle von Ungereimtheiten und Widersprüchlichkeiten. Wir haben immer gesagt, dass es eine ganz große Revision des gesamten Mehrwertsteuerrechts geben muss. Bei leeren Kassen geht das nicht. Gleiches gilt für die große Steuerreform.

Ich vertrete die These, dass große Steuerreformen nur dann möglich sind, wenn wir viele Entlastungsspielräume haben. Nur dann gibt es wenige Verlierer. Wenn wir nur ohne Entlastung umstrukturieren, bekommen wir eine durchgängige Unzufriedenheit. Deswegen ist es besser, die Mehrwertsteuerfragen irgendwann einmal in einem großen Paket gesammelt anzugehen und nicht irgendwelche Dinge herauszuberechnen, die man hinterher nicht mehr kontrollieren kann.

*Moderator Jan Hofer:*

Haben wir ähnlich wie bei der letzten Regierungsbildung mit einer Mehrwertsteuererhöhung im ersten Jahr zu rechnen?

*Dr. Hans-Peter Friedrich:*

Wie heißt es so schön: Die Kunst des Aufstellens des Haushalts ist die gleichmäßige Verteilung der Enttäuschungen. Wir werden mit dem, was uns zur Verfügung steht, zurecht



kommen müssen. Aber es wird keine Mehrwertsteuererhöhung geben. Wir haben keine Steuererhöhungen vor. Es gibt keine Pkw-Vignette. Wir werden darauf setzen, dass wir mit einer Politik der Befreiung die Kräfte der Wirtschaft motivieren und Wachstum schaffen. Mit dem Wachstum können wir arbeiten und Politik gestalten. Das ist unser Ziel. Glück auf.

*Moderator Jan Hofer:*

Dankeschön.



*Dr.-Ing. Hans-Hartwig Loewenstein,  
Präsident Zentralverband Deutsches Baugewerbe*

*Moderator Jan Hofer:*

Meine Damen und Herren, ich darf den Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes, Dr. Hans-Hartwig Loewenstein zur mir bitten. Herr Dr. Loewenstein, sind Sie mit den bisherigen, hier vorgestellten Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen zufrieden?

*Dr. Hans-Hartwig Loewenstein:*

Es macht mich schon sehr zufrieden. Es zeigt, dass unsere Arbeit unter dem BVB-Logo in den zurückliegenden Monaten Erfolg gezeigt hat, auch bevor diese eindrucksvolle Veranstaltung stattgefunden hat. In den Koalitionsverhandlungen finden wir vieles von dem wieder, was wir seit

Jahren fordern und was für uns notwendig ist, um Potenziale zu wecken. Allein mit Sparen und mit einer Mangelverwaltung werden wir diese Krise nicht überwinden. Deshalb sehe ich die Ergebnisse sehr positiv.

*Moderator Jan Hofer:*

Das Gesprächsangebot ist vorhanden. Ich nehme an, Sie werden es unter diesem Dach der BVB auch wahrnehmen?

*Dr. Hans-Hartwig Loewenstein:*

Wir werden das Gesprächsangebot natürlich wahrnehmen, das ist unsere spezielle Aufgabe. Es gibt manchmal Stimmen, die den Lobbyismus komplett verbieten wollen. Ich würde das für einen gravierenden Fehler halten. Wir können von den Erfahrungen unserer Mitglieder und unserer Mitarbeiter aus diesen verschiedenen Gebieten profitieren und helfen, solche Fehler wie zum Beispiel beim Bauforderungssicherungsgesetz zu vermeiden.

*Moderator Jan Hofer:*

Gibt es an dieser Stelle noch Forderungen, die Sie unbedingt durchgesetzt haben wollen?

*Dr. Hans-Hartwig Loewenstein:*

Wir sind Anhänger einer positiven Stimmung. Wir repräsentieren unter diesem Logo über zwei Millionen Mitarbeiter in vielen Bereichen. Wir sind überwiegend mittelständisch geprägt und sozial-marktwirtschaftlich orientiert. Wir lieben den Wettbewerb, auch wenn er manchmal schmerzt. Wir stehen für die Volkswirtschaft und für die Gesellschaft zur Verfügung. Wir wollen vor

allein nicht als Mittelstand diskriminiert werden. Das ist unser Hauptanliegen. Da gibt es einige Punkte, bei denen wir bessergestellt werden könnten. Wir wollen keine Vorzugsbehandlung, aber wir wollen auch nicht diskriminiert werden.

*Moderator Jan Hofer:*

In vielen Sonntagsreden wird vom Jobmotor Mittelstand und vom Mittelstand als Rückgrat der Wirtschaft gesprochen. Sehen Sie sich richtig gewürdigt?

*Dr. Hans-Hartwig Loewenstein:*

Ich sehe mich in der öffentlichen Meinung und Wahrnehmung nicht richtig gewürdigt. Als langjähriger Ehrenämterler im Bau lebe ich damit inzwischen relativ ungeniert. Neue junge Leute

fordern, dass wir mehr für unser Image machen müssen. Das ist ein sehr dorniges Feld. Die Medien gehorchen ihren eigenen Gesetzen. Wir müssen für das Image werben. Das ist auch mit ein Grund, weshalb wir solche Säle wie hier heute voll haben möchten. Damit können wir an die Medien gehen und die vielen Vorurteile und die fehlende Wahrnehmung in der Öffentlichkeit ein Stück zurückdrängen.

*Moderator Jan Hofer:*

Der 1. Deutsche Bauwirtschaftstag war eine Premiere. Wie sieht das Resümee aus?

*Dr. Hans-Hartwig Loewenstein:*

Ich bin froh, dass die Resonanz so groß



ist. Ich weiß, dass viele von denen, die heute hier zu uns gekommen sind, vorher skeptisch waren. Ich denke, dass diese Skeptik etwas geringer geworden ist. Über diese Schiene können wir uns mehr der Gesellschaft und der Volkswirtschaft andienen. Wir haben riesige Potenziale, aber wir haben auch an vielen Stellen Bremsklötze an den Füßen hängen, die in den Vorträgen benannt worden sind. Hier wären Änderungen schön. Aber wir haben auch noch ein bisschen mehr in petto.

*Moderator Jan Hofer:*

Ist die Fortsetzung des 1. Deutschen Bauwirtschaftstages schon in der Pipeline?

*Dr. Hans-Hartwig Loewenstein:*

Wir werden in den einzelnen Verbänden ein Resümee ziehen. Mir war es

seit Beginn meiner Amtszeit ein großes Anliegen, mit Mitstreitern anzutreten. Wir wollen das Image verbessern. Wir müssen gemeinsam auftreten, dazu sind wir verurteilt. Wir werden sonst marginalisiert. Der deutsche Mittelstand ist in Europa ein Sonderfall. Aber der Wohlstand in Deutschland kann und muss von diesem Mittelstand getragen werden. Wir wollen deshalb nicht diskriminiert werden. Wir wollen nicht von internationalen Megastrukturen übernommen werden.

Die Finanzkrise hat gezeigt, dass unsere redundanten und subsidiären Strukturen den Steuerzahler und den Bürger immer noch am günstigsten zu stehen kommen. Ich kann manchmal nicht verstehen, dass man aus dieser Krise keine Lehren zieht. Wir möchten nicht, dass wir von internationalen



Baukonzernen mit Quersubventionen aus anderen Märkten an den Rand gedrückt werden.

*Moderator Jan Hofer:*

Herr Dr. Friedrich hat es am Beispiel der nordbayerischen Bürgermeister gesagt, dass man gemeinsam stärker ist. Ich glaube, dass das auch auf diese Veranstaltung und Ihre Verbände zutrifft. Was geben Sie den Teilnehmern mit?

*Dr. Hans-Hartwig Loewenstein:*

Wir müssen darum kämpfen, das Potenzial unserer Mitarbeiter günstig zum Einsatz zu bringen. Wir haben viele Baustellen, wo wir überzeugen können und müssen. Es sind heute viele Themen angesprochen worden. Manchmal kann man die Politik und auch die Verwaltung nicht verstehen, beispielsweise bei der erwähnten Soll-Versteuerung bei der Umsatzsteuer. Wie kommt ein öffentlicher Auftraggeber dazu, dass er seiner Meinung nach zu Recht Zahlungen zurückhält, der Fiskus aber gleichzeitig meint, er müsse sofort die Mehrwertsteuer haben? Das ist kein einheitliches Verwaltungshandeln. Das funktioniert nicht.

*Moderator Jan Hofer:*

Erwarten Sie Überraschungen im Koalitionsvertrag?

*Dr. Hans-Hartwig Loewenstein:*

Große Überraschungen erwarte ich nicht. Die beiden Parteien sind sehr wirtschaftsnah aufgestellt. Wirtschaftsfeindliche oder wirtschaftsunempfindliche Vorgehensweisen hätten wir eher von anderen Konstellationen erwartet. Wir sind gut aufgehoben. Natürlich sind soziale Belange auch sehr wichtig. Der soziale Aspekt darf nicht vergessen werden. Ich denke, die Kanzlerin macht das sehr gut.

*Moderator Jan Hofer:*

Herr Loewenstein, ein solcher Kongress ist nicht nur dazu da, sich Meinungen aus der Politik anzuhören, sondern er gehört auch dazu, dass man untereinander kommuniziert. Das wollen wir jetzt angehen. Ihnen ein herzliches Dankeschön für die Schlussworte.







Wir danken den Sponsoren  
des 1. Deutschen Bauwirtschaftstages.







